

# Die zweite Schuld

Der Streit um das  
antifaschistische Mahnmal  
in Lüneburg |

- Dokumentation -

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

**VVN - Bund der Antifaschisten**

Kreisvereinigung Lüneburg



Liebe Leserin! Lieber Leser!

Am 24. April 1986 beschloß der Rat der Stadt Lüneburg, ein antifaschistisches Mahnmal in der Innenstadt zu errichten. SPD-Fraktionschef Muhsmann begründete seinerzeit dieses Vorhaben mit den Worten: *"Damit sollte deutlich sichtbar den Bürgern dieser Stadt Ehre erwiesen werden, die sich gegen Unterdrückung und Barbarei aufgelehnt haben."* (LZ vom 18.4.1986)

Seitdem sind über drei Jahre vergangen, und die Diskussion um die Realisierung dieses Vorhabens war geprägt von einem politischen Ränkespiel, das seinesgleichen sucht. Alle Register des Verdrängens, Modifizierens, Abschiebens und Aussitzens wurden von der Ratsmehrheit gezogen, um sich dieses Themas zu entledigen.

Mit dieser Dokumentation bemühen wir uns, die einzelnen Etappen dieses unwürdigen Spiels aufzuzeigen.

Es stellt sich die Frage: Wo liegt der politische Hintergrund? Warum ist es nicht möglich, jenen Frauen und Männern, die - umgeben von einer jubelnden Masse der Ja-Sager - Widerstand gegen das faschistische Deutschland geleistet haben, all jenen, die - gleich aus welchen Gründen - von den Nazis verfolgt wurden, ein klares Zeichen der Achtung zu setzen, als Bekenntnis und Mahnung? Heute, nach nunmehr über 44 Jahren seit der Befreiung von Faschismus und Krieg, wo doch die Tätergeneration kaum mehr das politische Leben zu beeinflussen in der Lage sein kann?

"Die zweite Schuld" nennt Ralph Giordano in seinem gleichnamigen Buch den Tatbestand, daß es nach 1945 nie ein klares gesellschaftliches Bekenntnis zur Schuld Deutschlands und seiner Bürger/innen gegeben habe, sondern nur - bestenfalls - ein Verdrängen, Abschwächen, Relativieren, Wegsehen, oft ein Leugnen und Rehabilitieren (wie jüngst erst wieder durch das Bundesinnenministerium und den Bundespressesprecher in Bezug auf die Waffen-SS und deren Nachfolgeorganisation HIAG). Diese kollektive Schuldverdrängung, deren Fundament mit der gesellschaftlichen Integration der Täter gelegt wurde, diese "Unfähigkeit zu trauern", fand und findet bis heute Entsprechung in der inneren Be-

ziehungsllosigkeit zu den Verfolgten. Als Beispiele seien hier nur die Entnazifizierungsverfahren (lediglich ein halbes Prozent der Betroffenen wurde als "Hauptschuldige" und "Schuldige" - und dies meist auch ohne größere Konsequenz - eingestuft) oder die NS-Prozesse (kein Richter und Staatsanwalt des Volksgerichtshofs mußte jemals büßen, viele sind sogar von jeder Schuld freigesprochen worden) einerseits und die bis heute fehlende finanzielle "Entschädigung" für einen Großteil der Nazi-Verfolgten andererseits genannt.

Diese kollektive Schuldverdrängung, dieses Nicht-eingestehen-wollen, wird bis heute kultiviert und praktiziert, und zwar aufgrund gegenwärtiger Macht- und Herrschaftsstrukturen und mit Blick auf die politischen Bedürfnisse eines bestimmten Wählerspektrums "... mit katastrophalen Folgen für politische Orientierung, moralische Renaissance, historische Klarsicht und Rehumanisierung". (Giordano, S. 94)

Gesellschaftlicher Träger dieser Schuldverdrängung ist heute nicht mehr die Tätergeneration selbst. - SS-Obersturmführer Freiherr Otto von Firccks konnte zwar vor einigen Jahren noch maßgeblich die Errichtung des Ostpreußischen Landesmuseums vorantreiben in Lüneburgs Ritterstraße, ist aber als einer der letzten Nazi-Funktionsträger heute nicht mehr in der Lage, selbst maßgebliche politische Entscheidungen zu treffen. - Soziale Träger der Rehumanisierungs-Verhinderung sind heute jene Wählerschichten, die mit der "zweiten Schuld" und ihren fatalen Folgen politisch und moralisch sozialisiert wurden; es ist das große Spektrum der nachfolgenden Generation, in der sich letztlich die traditionellen Ideologiestrukturen - wie "Staatstreue, Gehorsamspflicht, strammer Antikommunismus, Militarismus, Drang nach Osten" u.a. - als Fundamente persönlicher politischer und sozialer Integration wiederfinden. Die bekannte Sinus-Studie von 1981 gibt über politische Einstellungen und Erwartungen dieses Wähleranteils eindeutig Auskunft - diese ewig Gestrigen sind von heute.

Und diese politischen Einstellungen werden aus Gründen des Machterhalts und der Identifikation kultiviert. Tagtäglich ist die Presse voll von Berichten

über Verdrängung, Umdeutung, Aufrechnung und Rechtfertigungen. Dazu nur zwei Beispiele:

- Man denke nur an das beschämende Schauspiel, das in Bonn derzeit zum 1. September 1989 aufgeführt wird. Anstatt den 50. Jahrestag des Überfalls der faschistischen deutschen Wehrmacht auf Polen zum Anlaß zu nehmen, auch durch repräsentative Präsenz in Warschau zu zeigen, daß für die Bundesrepublik die Schuldfrage eindeutig geklärt ist, wo die Verantwortlichkeit für millionenfachen Mord an polnischen Menschen liegt und daß die Konsequenz heute nur im friedlichen Nebeneinander liegen kann (was freilich eine Bestätigung der im Warschauer Vertrag anerkannten bestehenden polnischen Westgrenzen bedeutet), wird versucht, die Schuldfrage mit dem Hinweis auf den Hitler-Stalin-Pakt zu nivellieren, wird der Mord an den Polen mit "Vertreibungstoten" gegengerechnet ("Seht ihr, die anderen waren ja mindestens genauso schlimm."), und will man sich trotz der Vertragslage und internationalem Recht die "Option nach Osten" offenhalten.

- Man denke nur an den Eklat bei der Eröffnung der Westberliner Ausstellung über den Widerstand gegen den deutschen Faschismus. Die Aufnahme des "Nationalkomitees Freies Deutschland" in die Ausstellung als eine der Widerstandsgruppen, die sich zum Ziel gesetzt hatte, das endlose Töten und Morden der Faschisten zu beenden, wird heute so vehement bekämpft aus Gründen, die die geistige Nähe zum deutschen Faschismus widerspiegeln. Von Dreggers berühmt-berühmter Aussage (Mai 1985), er habe schließlich noch im Mai 1945 für Deutschland gegen die anrückenden Russen gekämpft, bis zum Eklat in Westberlin (Juli 1989) zieht sich ein roter Faden der nachträglichen Rechtfertigung eines Großteils jener Verbrechen, die im deutschen Namen während des Faschismus begangen wurden. Es sind die oben genannten, bis heute mehrheitsfähigen, vermittelnden Ideologieförmlichkeiten wie "unbedingte Staatstreue, Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, gerechter Kampf gegen den Bolschewismus" u.a., die seit der wilhelminischen Zeit, zugespitzt gebündelt im deutschen Faschismus, kultiviert insbesondere während der Adenauer-Ära, eine Sichtweise des deutschen Faschismus als Verbrecherstaat

versperren und damit konsequenterweise auf der anderen Seite eine innere Beziehungslosigkeit zu einem Großteil der Widerständler und Verfolgten offenbaren. Alle Bemühungen der letzten Zeit zur Mahnung und zum Gedenken an diejenigen, die Brecht die "unbelehrbar auf der Wahrheit Beharrenden" genannt hat (von Dachau bis Bergen-Belsen, von Mörchingen bis Alt Garge), zeigen dies aufs Neue.

Zwei Zitate aus den Diskussionen um das antifaschistische Mahnmal in Lüneburg zeigen in aller Deutlichkeit, daß die unselige Tradition des Verdrängens (und darin liegt die zweite Schuld) bis heute andauert - es ist der "Verlust der humanen Orientierung", was sich hier als Verantwortungsabstinenz ausdrückt:

- \* "Die Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuß sind der Auffassung, daß in diesem Gremium über grundsätzliche Schuldfragen nicht befunden werden sollte."
- \* "Seitens der CDU-Fraktion schlägt Ratsfrau Meins vor, die textliche Ausgestaltung allgemein und wertfrei abzufassen."

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Bei dem Streit um das antifaschistische Mahnmal in Lüneburg (in dieser Dokumentation geht es in erster Linie um die Gestaltung, die Inschrift und den Aufstellungsort) handelt es sich nicht um eine beliebige Diskussion vielleicht noch "unter Fachleuten", Historikern/-innen und Künstlern/-innen über eine lange zurückliegende, heute nicht mehr relevante Zeit. Es geht hier in erster Linie um die Frage, in welcher Form heute der Widerstandskämpfer/innen und Verfolgten gedacht wird. Aber die Ursachen des Streits um das antifaschistische Mahnmal liegen zugleich viel tiefer - in seiner Form drücken sich die politischen Umstände, Bedingungen und Absichten dieser Zeit aus, in der es errichtet werden soll. Es geht um die politische und moralische Frage, welcher gesellschaftliche Stellenwert diesen Menschen aus heutiger Sicht zugemessen wird. Der Streit um das Mahnmal ist ein Streit um die deutsche und lokale Geschichte, um die heutigen moralischen und politischen Einstellungen und Wertungen - ja mehr noch, es ist ein Streit um die Absichten, um die Zukunft.

Dies alles sind Gründe, weshalb wir uns - auch mit der Veröffentlichung dieser Dokumentation - dieses Themas annehmen und Sie bitten, in diesen Streit einzugreifen.

Lüneburg, Juli 1989

Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand ist eine Ausschreibung über die Form des antifaschistischen Mahnmals (s. Dokumententeil) bereits abgeschlossen. Die Vorschläge liegen der Stadtverwaltung vor und werden - unter Ausschluß der betroffenen Gruppen der Nazi-Verfolgten - demnächst von einer Jury begutachtet. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der örtlichen Presse. Wie immer sich die Jury entscheiden wird: Mit der Vorgabe des Standortes und des Textes ist der Charakter für ein solches Mahn- und Gedenkmal bereits eindeutig präjudiziert. Unsere nachfolgende Kritik bezieht sich deshalb im wesentlichen auf diese Vorgaben.

### I. Zur Standortwahl

Diese Dokumentation zeigt, mit welchen Winkelzügen und taktischen Finessen die Mehrheitsfraktionen im Rat der Stadt Lüneburg darum gekämpft haben, daß das geplante antifaschistische Mahnmal eben nicht "an markanter Stelle in der Innenstadt" (Beschluß des Rates am 24.4.86) für jeden deutlich sichtbar errichtet wird ("Wir denken an den Fußgängerbereich neben dem Rathaus", erläuterte Ratsherr Momberg in seiner Begründung seinerzeit diesen Antrag.), sondern an den Randbereich der Innenstadt, vor das Arbeitsamt verlagert werden soll.

1. Die Begründung für diese Standortwahl, daß auf der gegenüberliegenden Straßenseite - in einem längst abgerissenen Gebäude - der Bergen-Belsen-Prozeß stattgefunden habe, ist mehr als scheinheilig: Den meisten Lüneburgern/-innen ist völlig unbekannt, daß sich an der Stelle des jetzigen Lebensmittel-Supermarktes Ecke Lindenstraße/Barckhausenstraße die MTV-Turnhalle befand, in deren Räumen der

Prozeß gegen die KZ-Aufseher/innen von Bergen-Belsen stattfand. Die an der Hauswand des Supermarktes angelegte kleine Hinweistafel ist durch ihre Gestaltung und Anbringungshöhe kaum wahrnehmbar. Die Fehler der Vergangenheit, nämlich aus rein ökonomischen Interessen heraus die alte MTV-Sporthalle abzureißen, um dort einen Lebensmittelkonzern anzusiedeln, anstatt diesen Ort der Verurteilung der KZ-Mörder vielleicht zu einer Stätte antifaschistischer Kultur, Bildung und Forschung umzugestalten, sind nicht dadurch zu revidieren, daß man bezugs- und vor allem anschauungslos auf der gegenüberliegenden Straßenseite heute ein Mahnmal setzt. Wenngleich zur Erinnerung an den Bergen-Belsen-Prozeß in Lüneburg einiges getan werden muß (die Protokolle dieses Internationalen Militärtribunals sind in ganz Lüneburg nicht zu bekommen), ist der Standort mit diesem Bezugspunkt völlig ungeeignet, denn er reduziert in gewohnter Weise den Täterkreis des faschistischen Macht- und Unterdrückungsapparates auf die KZ-Aufseher und spricht sogleich alle Mittäter in Politik, Wirtschaft und Verwaltung frei von Schuld.

2. Sowohl die historischen Tatsachen als auch der Respekt vor den Widerstandskämpfern/-innen und allen Gruppen der Nazi-Verfolgten verbietet es von vornherein, ein antifaschistisches Mahnmal in unmittelbarer Nähe des "Helden-Gedenksteins" des Löwengeschwaders 26 (vor dem Arbeitsamt/Theatervorplatz) errichten zu wollen - jenes Geschwader, das als Teil der Legion Condor maßgeblich an der Errichtung der faschistischen Diktatur in Spanien unter Franco und an der Niedermetzlung der Republik beteiligt war (erinnert sei hier an die Bombardierung der spanischen Stadt Guernica durch die Legion Condor) zur "Erprobung" der Angriffsfähigkeit der faschistischen Luftwaffe und das als Teil der faschistischen Wehrmacht hundertfachen Mord im Ausland begangen hat. Dieser Standort verhöhnt geradezu diejenigen, zu deren Erinnerung das antifaschistische Mahnmal aufgestellt werden soll.

Nein, eine "Versöhnung über den Gräbern" zwischen Verfolgern und Verfolgten (vielleicht noch überschattet von der dort am 1. Mai 1933 von der Lüneburger Hitlerjugend gepflanzten Hitler-Eiche) darf es nicht geben.

## II. Zur Textgestaltung

Diese Dokumentation zeigt, wie im Verlauf der Planungen aus politischen Gründen aus einem antifaschistischen Mahnmal, das ursprünglich zum Gedenken auch der Frauen und Männer des Lüneburger Widerstandes errichtet werden sollte (aus der Begründung des Antrages im Rat durch den Ratsherrn Momberg: "... Wir denken z.B. an den Malergesellen Hans Pfeiffer, an Adolf Waltje und an andere Antifaschisten."), ein Gedenkstein zu werden droht, der durch seine Textgestaltung den spezifischen Grad an Unverbindlichkeit erhalten soll, den die landläufige "Vergangenheitsbewältigung" auszeichnet: Dem Bekenntnis zur Rolle des antifaschistischen Widerstandes und dem Gedenken an alle Gruppen der Naziverfolgten durch deren eindeutige Benennung - etwa durch einen Auszug aus der bekannten Rede Richard v. Weizsäckers vom 8. Mai 1985 - wollten die Mehrheitsfraktionen als Textvorschlag für das Mahnmal nicht folgen. Auch der mehr lyrische Text B. Brechts wurde von ihnen abgelehnt. Stattdessen wurde ein Text beschlossen ("Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-1945"), der in seiner Ungenauigkeit und Allgemeinheit legitimato- rischen Charakter trägt:

1. "Opfer" - das waren in irgendeiner Weise und zu irgendeinem Zeitpunkt der Nazi-Herrschaft alle Nazi-Jubler und -Zustimmer; ja selbst die direkten Täter wurden zum größten Teil zu "Opfern", spätestens durch den Krieg. Fast jeder Nazi-Blockwart wurde irgendwann einmal "Opfer", und selbst die Witwe des faschistischen Blutrichters Freisler, jenes Vorsitzenden des berüchtigten Volksgerichtshofes, erhielt ihre Rente nach 1945 als "Opfer", weil ihr Mann 1945 durch einen Bombenangriff ums Leben kam und - so die Begründung - er aller Voraussicht nach eine bedeutende Position im bundesdeutschen Justizdienst versehen hätte. Wer war nicht alles "Opfer" 1945, als das ganze Grauen des deutschen Faschismus für die Weltöffentlichkeit sichtbar wurde, als auch die Schuldfrage in aller Deutlichkeit und Konsequenz (jedenfalls vorübergehend) gestellt wurde?

Das Mahnmal darf nicht den zahlreichen Nazi-Verehrern, Mitläufern und Tätern gewidmet sein - jenen, die auf dem MTV-Platz in der Uelzener Straße bereits am 20.7.1932 das "Heil Hitler!" dem Massenmörder zuriefen und dann später zum größten Teil ihrerseits ir-

gendwann "Opfer" wurden, sondern es soll an die Taten derjenigen Lüneburger Menschen erinnern, die so mutig waren, auf dem MTV-Platz das Mikrofonkabel zu kappen, so daß Hitler nur wild gestikulierend wahrgenommen werden konnte. Das Mahnmal soll eben nicht jenen vaterländisch-nationalen Vereinen und Organisationen gewidmet sein - die später ihrerseits z.T. "Opfer" wurden -, welche etwa in Lüneburg zum "Tag der erwachenden Nation" am 4. März 1933 zur Unterstützung der Nazi-Regierung aufriefen, vom Verein Lüneburger Kaufleute bis zum Kreishandwerkerbund. Es soll an jene mutigen Menschen erinnern, die sich an diesem Tag auch in Lüneburg den Nazi-Machthabern und ihren Helfershelfern entgegenstellten und dafür im Gefängnis am Graalwall landeten.

2. Was ist der begriffliche Inhalt des Terminus "nationalsozialistische Gewaltherrschaft"? Wer oder was war - oder ist - dies?

Die konsequente Ausblendung der Frage, durch welche gesellschaftlichen Gruppen, mit welchen Interessen und gegen welche Widerstände die Nazis an die Macht gebracht wurden und ihr Terrorregime ausüben konnten, zeigt die traditionelle "Vergangenheitsbewältigung" bis auf den heutigen Tag. Der Terminus "nationalsozialistische Gewaltherrschaft" assoziiert zweierlei:

a) Er drückt zum einen aus einen Abstand zwischen den Menschen, den gesellschaftlichen Interessengruppen und einer unabhängig von diesen, quasi selbständig existierenden, sich ohne eigenes Zutun durchgesetzt habenden nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die diversen Rechtfertigungs-(nicht Erklärungs-) Versuche von "das haben wir alles nicht gewußt" über "1933 griffen sich die Nazis die Macht" bis "Hitler verführte das deutsche Volk" sind in diesem Terminus enthalten. Das ist die Abschiebung und Reduktion der Verantwortlichkeit auf eine höhere, nicht greifbare Ebene, die zudem durch den geplanten Standort personifiziert reduziert wird auf einige KZ-Tyrannen und ihre Entsprechung findet in dem ausgedehnten Kreis der "Opfer". Diese Begrifflichkeit verschleiern den tatsächlichen historischen Tatbestand.

Auffällig ist bei diesem Terminus, daß auf präzise Formulierungen, wie "... des deutschen Faschismus", verzichtet wird. Auch das hat Gründe: Erstens soll hier tunlichst vermieden werden, die Bezeichnung für die - wenn auch mehr zufällig entstandene - Gesamtheit, eben die Bevölkerung des Staates "Deutschland", durch deren - wenn gleich sehr unterschiedlich zu gewichtende - Schuld die Verbrechen ausgeübt werden konnten, zu benutzen;

zweitens birgt der Begriff "Faschismus" - neben anderem - auch tatsächlich per Definition in sich jenen Grad an gesellschaftlicher Massenbasis, auf den sich der deutsche Faschismus stützen konnte. Der Verzicht auf den Terminus "Faschismus" hat aber mindestens noch einen dritten Grund: Es sind die im Kampf gegen den Faschismus gesammelten, eben antifaschistischen Erfahrungen, die heute als Teil gesellschaftlicher Erinnerungsfähigkeit auch weiterhin zum Ausdruck kommen und von den rechtskonservativen Mehrheitsbildnern und Machteliten als politische Bedrohung wahrgenommen werden. Ein Blick in die jeweiligen Verfassungsschutzberichte belegt diesen Sachverhalt überzeugend.

b) Der Inhalt des Terminus "Gewaltherrschaft" ist zumeist bekannt: Hier lugt die Totalitarismuskonzeption hervor, jene Gleichsetzungs-, Nivellierungs- und damit Entlastungstheorie, welche - durch die Allgemeinheit dieser Aussage - eine antikommunistische Option einschließt. Die Gegnerschaft zu einer "Gewaltherrschaft von links und rechts", eine Distanzierung von "Gewaltherrschaft in jeder Form" war das Integrationsangebot an jenen großen Bevölkerungsanteil der frühen Bundesrepublik, das es den vormaligen Mitläufern, Ja-Sagern und Jublern ohne Reue und größeres Schuldeingeständnis möglich machte, die faschistische Vergangenheit abzustreifen, denn die politische Gegnerschaft brauchte nicht geändert zu werden und die Stoßrichtung blieb die gleiche: gegen Osten (außenpolitisch bis hin zur massivsten Bedrohung) und gegen die Antifaschisten (innenpolitisch bis zum Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes). Das politische und moralische Wertigkeitsgefüge blieb - von wenigen Abstrichen abgesehen - erhalten. Mehr noch: Die bekannte, auf der Totalitarismuskonzeption fußende Aussage H. Barzels "Hitler ist tot, Ulbricht aber lebt" zeigt in überzeugender Klarheit, wie diese Gedankengänge der Gleichsetzung von links und rechts, von Faschismus und Sozialismus/Kommunismus, zur Entlastung ("Gnade der späten Geburt") einerseits - was die Vergangenheit angeht - und andererseits zur Transformation auf einen neuen/alten politischen Gegner - als aktuelle und Zukunftsaufgabe - dienen.

Zugleich und darüber hinaus aber - und das ist das unbeschreibbar Ungeheuerliche an dieser Textauswahl für das antifaschistische Mahnmal - impliziert der Terminus "nationalsozialistische Gewaltherrschaft" (das Attribut "nationalsozialistisch" steht hier als Beifügung, als Kennzeichnung der spezifischen Form von Gewaltherrschaft, von der es demnach auch andere Formen geben muß) das Leugnen der Einzigartigkeit der faschistischen Verbrechen.

Diese hier beschriebene Vorstellungswelt ist nichts anderes - auch wenn sich die Verfasser des Mahnmal-Textes dessen vielleicht nicht bewußt sind - als ein dominierendes ideologisches Kernstück der 'Neuen Rechten', von den Republikanern bis zu den Vertriebenenverbänden.

### III. Zur Realisierung des Projekts

Diese Dokumentation zeigt, in welcher beschämender Art und Weise es den Mehrheitsfraktionen im Rat gelang, die Realisierung des Projekts nun schon ins vierte Jahr hinauszuzögern, den Termin für die Einweihung des Mahnmals immer wieder aufzuschieben, ja wie sogar die Gruppen der Nazi-Verfolgten gegeneinander ausgespielt werden sollten: Als der Kulturausschuß des Rates im November 1986 - völlig unabhängig von den Planungen für ein antifaschistisches Mahnmal - beschloß, mit den Mitteln der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft Hamburgs zwei Gedenktafeln für die deportierten Lüneburger jüdischen Glaubens im November 1988 an verschiedenen Orten der Stadt anbringen zu lassen (auch dieses Vorhaben wurde bis heute noch nicht realisiert), glaubte Oberstadtdirektor Faulhaber, den geeigneten Anlaß gefunden zu haben, das Projekt "Antifaschistisches Mahnmal" abzuwürgen. Er glaubte - so berichtete die örtliche Tagespresse -, damit hätte sich die Sache erledigt.

Der Ratsbeschuß vom 24.04.1986

TOPS.3  
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.86 zur Prüfung, in welcher Weise Opfern der Nazi-Diktatur gedacht werden kann

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister NICKEL, teilt mit, am 02.04.86 sei folgender Antrag der SPD-Fraktion eingegangen:

"Der Rat der Stadt Lüneburg beschließt, die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Weise den Opfern der Nazi-Diktatur aus der Stadt Lüneburg gedacht werden kann.

Gedacht ist dabei an ein Denkmal oder eine Gedenktafel an einer markanten Stelle in der Stadt.

Nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse wird der Kulturausschuß die weiteren Schritte beraten und dem Verwaltungsausschuß eine Empfehlung aussprechen."

Der Verwaltungsausschuß habe sich in seiner Sitzung am 22.04.86 mit dem Antrag befaßt und empfehle dem Rat, den Antrag an den Kulturausschuß zu verweisen.

Der Rat faßt einstimmig einen entsprechenden Beschluß.  
(R, 14, 41)

29.04.1986  
LANDESZEITUNG

### Gedenkstein für Nazi-Opfer

rau Lüneburg. Der Ratsantrag der SPD-Fraktion, zu prüfen, in welcher Weise und wo den Opfern der Nazi-Diktatur in Lüneburg ein Denkmal oder eine Gedenktafel gesetzt werden kann, wurde an den Kulturausschuß überwiesen.

In der letzten Ratssitzung gab SPD-Ratsherr Werner Momberg zu bedenken, daß es in der Stadt zu Hunderten zählende Gedenksteine und -male für Kriegstote gäbe, jedoch keinen Ort, an dem der Nazi-Opfer gedacht werden könnte. Sein Vorschlag: eine Tafel vor dem Rathaus, ins Pflaster eingelassen.

Unterstützung erhielt Momberg durch die Grünen. Und FDP-Ratsherr Dirk Hansen wies darauf hin, daß solche Gedenken zum Geschichtsbewußtsein in einer Demokratie gehöre.

MOIN 5/ 1986

### Gedenktafel für Nazi-Opfer

Auf Antrag der SPD-Fraktion soll jetzt endlich in Lüneburg ein Denkmal oder eine Gedenktafel für die Opfer der Nazi-Diktatur aus der Stadt Lüneburg entstehen. Ratsherr Momberg: Es gebe zwar Denkmäler für Lüneburger Jäger, Dragoner und Oberförster. Aber "für die Lüneburger, die wegen ihres Widerstandes gegen das Nazi-Regime ermordet wurden, gibt es keinen Hinweis, sieht man von der Straßenbenennung nach dem Schuhmacher Hermann Niemann ab. Opfer wie der Malergehilfe Hans Pfeifer oder der Name des Adolf Waltje werden nicht genannt und es wird nirgends an sie erinnert..."

-en



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisvereinigung Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstr. 26  
2120 Lüneburg  
Tel.: 04131/48821

Lüneburg, d.22.12.1986

An die Mitglieder  
des Kulturausschusses  
des Rates der Stadt Lüneburg

Ø an den Oberbürgermeister  
an den Oberstadtdirektor  
an die Fraktionsvorsitzenden des Rates der Stadt Lüneburg

Betr. Gedenkstein für die Lüneburger Opfer des Nazi- Regimes

Sehr geehrte Damen/ Herren !

Wie wir erfahren haben, beschäftigt sich auf Initiative der SPD-Fraktion des Rates der Stadt ( Ratssitzung vom 24. April 1986 ) nun der Kulturausschuß mit der Frage, in welcher Form die Widerstandskämpfer und Opfer des deutschen Faschismus öffentlich geehrt und gewürdigt werden können.

Zwar bedauern wir, daß erst im 41. Jahr nach dem Ende der Nazi-Herrschaft der Rat der Stadt ein solches Vorhaben einleitet, stehen aber grundsätzlich dieser Absicht positiv gegenüber, denn es kann für die Ehrung der Widerstandskämpfer/innen nie zu spät sein; man kann nicht " die Geschichte ruhen lassen " - wie manche Stimmen auch heute wieder sagen -, sondern es kommt darauf an, aus der Geschichte zu lernen.

Da wir als Organisation ehemaliger Widerstandskämpfer/innen, Verfolgte des Nazi- Regimes und junge Antifaschisten von Ihrem Vorhaben direkt berührt sind, gestatten Sie uns einige grundsätzliche Worte zur Bedeutung des antifaschistischen Widerstandes und zur Legitimation unserer Organisation, Ihnen diese Zeilen zukommen zu lassen:

Bereits kurz nach der Befreiung Deutschlands von Faschismus und Krieg würdigte der ehemalige Zentrums- Politiker und Ministerpräsident von Nordrhein - Westfalen, Dr. Amelunxen , den antifaschistischen Widerstand auf der Gründungsversammlung unserer



Organisation mit den Worten: " In den hinter uns liegenden Jahren hat niemand das eigene Volk und die Menschheit mehr geliebt als die Verfolgten, Verfemten und Verachteten. Sie haben freiwillig darauf verzichtet, vor der hypnotisierten Umwelt als anständige Menschen und anständige Deutsche zu gelten. Sie ließen sich beschimpfen und verleumden, weil sie ihrem Gewissen mehr gehorchten als der Gewalt. Weil ihr Gewissen ihnen unzweideutig sagte, daß man einem Verbrecherstaat keinen Gehorsam schuldet, haben sie aufs Blut widerstanden. Sie sahen den trostlosen Weg des deutschen Schicksals mit nüchternem Blick voraus und hatten dennoch den Mut, einer unaufhaltsam rollenden Lawine sich entgegenzustemmen..., das Rad der deutschen Geschichte endlich herumzuwerfen."

Wir dürfen Sie darauf hinweisen, daß unsere überparteiliche Organisation es als ihre Hauptaufgaben ansieht, insbesondere "...die Jugend über die historische Bedeutung des antifaschistischen Widerstandskampfes, über den Mut und das solidarische Handeln der Frauen und Männer, die dem Faschismus widerstanden, ohne soziale Existenz, Gesundheit und Leben zu schonen, aufzuklären und sie zum Eintreten für Frieden, Demokratie und Freundschaft unter den Völkern zu gewinnen." ( Orientierungs- und Aktionsprogramm der VVN - BdA, S. 9 )

Die öffentliche Ehrung der Opfer des Nazi- Regimes bedeutet deshalb für uns immer Anerkennung und Warnung, Gedenken und Mahnung zugleich. Bedeutet: Würdigung ihres antifaschistischen Widerstandskampfes und Aufklärung über den unmenschlichen, auf die Unterdrückung des eigenen und anderer Völker gerichteten Charakters des Faschismus mit der Konsequenz, allen neofaschistischen Aktivitäten und deren Begünstigern entgegenzutreten.

In diesem Sinne wirkte auch unsere Lüneburger Kreisorganisation bereits seit dem Ende der Nazi- Herrschaft mit zahlreichen Aktivitäten. Wir dürfen daran erinnern, daß unsere Organisation sich tatkräftig für die Errichtung eines Mahnmals im Tiergarten einsetzte und über die Jahrzehnte hinweg - selbst in Zeiten polizeilicher Verbotsmaßnahmen Ende der 50er Jahre - es sich nicht hat nehmen lassen, dort Gedenkfeiern abzuhalten.

Wir dürfen weiter daran erinnern, daß der langjährige Vorsitzende unserer Kreisorganisation, Franz Holländer , selbst Mitglied des Rates der Stadt ( Bürgerschaft ), von den Nazis verfolgt und in Gefängnissen und KZs gefangengehalten, nach 1945 wie wohl nur wenige andere Lüneburger sich als Sprecher der Widerstandskämpfer, Verfolgten und Opfer des Nazi- Regimes in Lüneburg betätigte.

Auch die Erforschung des regionalen antifaschistischen Widerstandes wurde von unserer Organisation personell und materiell unterstützt. Als ein Ergebnis dieser Arbeiten kann auch die 1983 veröffentlichte - inzwischen leider vergriffene - Broschüre " Lüneburg vor 50 Jahren - Widerstand und Verfolgung " von W. Hummel und P. Asmussen angesehen werden ( Titelseite s. Anlage ).

Wir erlauben uns deshalb darauf hinzuweisen, daß wir erwarten, daß auch unser Wort im Rahmen Ihrer parlamentarischen Beratungen über die geplante angemessene öffentliche Ehrung der Lüneburger Opfer des Nazi- Regimes Gehör findet.

Wir stehen Ihnen persönlich, Ihrer Fraktion, dem Kulturausschuß, der Verwaltung und dem Rat der Stadt jederzeit zum Gespräch und zur Beratung zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

P. Asmussen

Landeszeitung 18.04.1986

## Gedenkstätte für Nazi-Opfer

rau Lüneburg. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt möchte in Lüneburg eine Gedenkstätte für die Opfer der Nazidiktatur angelegt sehen. Einen entsprechenden Antrag wollen die Sozialdemokraten in die nächste Ratssitzung einbringen.

Fraktionschef Helmut Muhsmann begründete: „Damit sollte deutlich sichtbar den Bürgern dieser Stadt Ehre erwiesen werden, die sich gegen Unterdrückung und Barbarei aufgelehnt haben.“ Gleichzeitig will Muhsmann anregen, daß Lüneburg für ein Projekt des Deutschen Entwicklungsdienstes in einer Gemeinde im Sudan die Patenschaft übernimmt. Für das mit Hilfe der Landesregierung ausgewählte Projekt in Afrika sollte gesammelt werden. Damit könne ein Zeichen tätiger Nächstenhilfe gesetzt werden, meinte der Fraktionsvorsitzende.

Landeszeitung 10.01.1987

## Gedenkstein für Nazi-Opfer

nh Lüneburg. Eine Diskussion des SPD-Ratsantrages, den Opfern der Nazi-Diktatur in Lüneburg ein Denkmal oder eine Gedenktafel zu setzen, mahnt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BDA) an.

Der Rat hatte den Antrag in seiner Sitzung im April vergangenen Jahres an den Kulturausschuß überwiesen. „Seitdem ist nichts passiert“, sagt Peter Asmussen vom VVN-BDA. Mit einer öffentlichen Ehrung von Lüneburger Widerstandskämpfern könne neofaschistischen Aktivitäten entgegengetreten werden, betont der VVN-BDA in einer Stellungnahme an Kulturausschuß und Rat.



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26

2120 Lüneburg  
Tel: 48821

27.11.87

An

die interessierten Freunde und Mitglieder der VVN-BdA  
die Mitglieder der SPD und Grünen im Kulturausschuß des Rates

Liebe Freundinnen und Freunde!

Nach den politischen Auseinandersetzungen im Rat der Stadt über die Anbringung einer Gedenktafel für die Lüneburger NS- Opfer ( die entsprechenden Mittel wurden von den Mehrheitsfraktionen für dieses Haushaltsjahr ja gestrichen ) scheint ja nun für das nächste Jahr dieses Vorhaben realisierbar und damit auch eine unserer Forderungen umsetzbar zu sein.

Um nun nicht wieder die politische " Ausrede " hören zu müssen, es läge kein Textvorschlag für diese Tafel vor und somit sei dieses Vorhaben nicht umsetzbar, laden wir von unserer Seite zu einem Treffen ein, um eben einen solchen Text zu erarbeiten.

Zwar haben wir bereits im Vorstand verschiedene Tafel-Inschriften diskutiert, aber wir denken, daß wir in einem größeren Kreis über diesen Text sprechen sollten, um dann anschließend an den Kulturausschuß, bzw. Rat herantreten zu können.

Wir wollen uns deshalb am

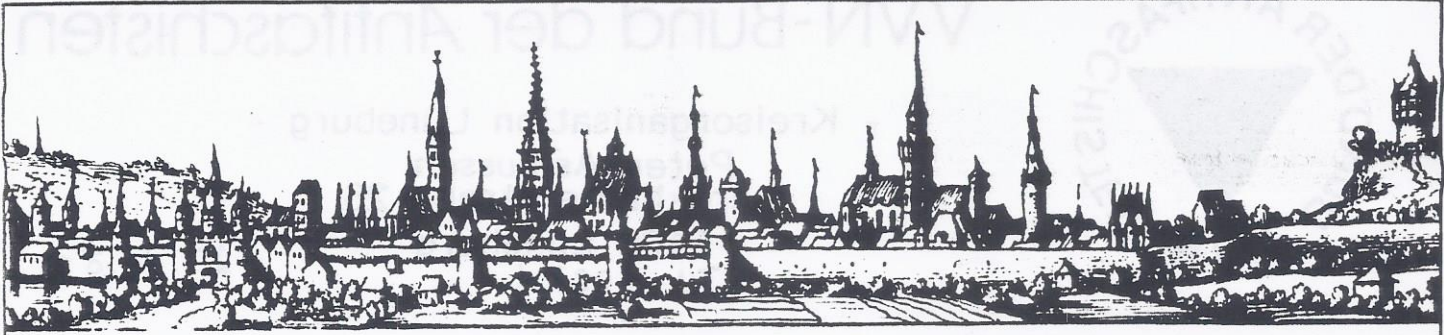
Samstag, d. 5. Dezember um 16.00 Uhr im Cafe Klatsch  
zusammensetzen, um diesen Textvorschlag zu formulieren.

und laden hierzu alle Interessierte und am politischen Entscheidungsprozeß Beteiligten ein.

Bitte reicht diese Einladung auch im politischen Freundeskreis weiter.

Mit antifaschistischem Gruß

P. Asmussen



# stättzeitung

Juni 1987

parteilich

Nr. 8

## Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein Lüneburg, Auf dem Meere 14/15, Lüneburg  
 Verantwortlich: Angelika Doppke, Lüneburg, Tel. 5 05 38  
 Satz, Repro: Ebeling & Blumenbach, Tel. 3 49 83  
 Druck: Altstadt-Druck, Tel. 3 33 37  
 Anzeigenabwicklung: Ebeling & Blumenbach, Tel. 3 49 83

**MOIN** 6/87

## Kein Gedenkstein für die Opfer des Faschismus?

Schon im März vorigen Jahres wurde im Stadtrat auf einen SPD-Antrag hin beschlossen, daß der längst fällige Gedenkstein für die Opfer des Nazi-Regimes errichtet werden sollte. Jetzt beantragte die SPD erneut diesen Gedenkstein. Bei dieser Gelegenheit wurde offenbar, daß die Verwirklichung seit über einem Jahr im Kulturausschuß geschmort hat: Man konnte sich in 15 Monaten nicht über Inschrift und Ort einigen. Und die benötigten 3500 DM stehen auch noch nicht bereit. Die SPD lastete dies der Ratsmehrheit an. CDU-Fraktionschef Keßler meinte, sowas müsse gut überlegt sein. FDP-Hansen vermittelte Vorschläge der SPD außerhalb des Wahlkampfes. CDU-Ratsfrau Meins konnte sich mit dem neuen Stein nicht anfreunden, weil der Gedenkstein zum 17. Juni von unbekannter Hand bemalt worden sei. Es scheint also bei der Verzögerung zu bleiben. SPD-Ratsherr Firus kündigte deshalb eine private Spendenaktion an.

-en

## CDU und FDP gegen Gedenkstein für Naziopfer

1986 war man sich im Rat der Stadt Lüneburg noch einig. Mit allen Stimmen der im Rat vertretenen Parteien wurde die Initiative der SPD unterstützt, einen Gedenkstein für die Opfer des Nazi-Terrors in Lüneburg zu errichten.

Der Kulturausschuß nahm sich dann auch dieser Aufgabe an, fand aber eine schlecht vorbereitete Verwaltung, die sich in Sachen Gedenkstein noch keine Gedanken gemacht hatte.

Kritische Stimmen waren dann auch der Ansicht, daß das Thema »Gedenkstein« für unsere »viel beschäftigte Stadtverwaltung« offensichtlich nicht interessant genug sei. Ernster nahmen dagegen die Mitglieder des Kulturausschusses den Ratsbeschluß und entschieden: 3500 DM im Haushalt 1987 für die Errichtung eines Gedenksteins vorzusehen. Die Verwaltung ist aufgefordert worden, geeignete Vorschläge zur Realisierung vorzulegen.

Umso überraschender war jedoch das Verhalten der CDU-FDP-Gruppe bei den Haushaltsberatungen. Dort ist nämlich mit der schwarzblau-gelben Mehrheit der einstimmige Rats- und Kulturausschußbeschluß einfach vom Tisch gefegt worden.

Der sich sonst so »wortreich nichtssagend ausdrückende« Kulturausschußvorsitzende, FDP-Ratsherr Hansen, sah dem Treiben der konservativen Mehrheit tatenlos zu und sein Parteifreund Hartwig beteiligte sich aktiv am Grabgesang der CDU.

Für den kulturpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Herbert Schiffner, zeigt die CDU-FDP-Gruppe mit diesem Verhalten ein merkwürdiges Geschichtsverständnis. Schiffner weiter: »Hier paßt das Verhalten der örtlichen CDU zu den unwürdigen Entgleisungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl zum Thema Vergangenheit und zu seiner Aussage von der »Gnade der späten Geburt«. Für die SPD war es eine schwarze Stunde der Geschichte der Stadt Lüneburg. Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Harald Firus sieht in dem unwürdigen Verhalten der CDU-FDP-Gruppe einen Affront gegen alle Christen, Sozialisten und Demokraten, die unter der Nazi-Diktatur ihr Leben oder ihre Gesundheit einbüßten.«

# VVN-Bund der Antifaschisten



- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26  
2120 Lüneburg

04131/48821

An

die Mitglieder des Rates der Stadt Lüneburg  
die Lüneburger Stadtverwaltung

18.3.88

Vorschlag zur Errichtung eines Mahnmals für die Lüneburger Opfer  
des Faschismus

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 2.4.1986 wurde vom Rat der Stadt einstimmig der Antrag verabschiedet, daß in Lüneburg an markanter Stelle eine Gedenktafel oder ein Denkmal für die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur errichtet werde.

Die VVN-BDA als Organisation alter und junger Antifaschisten, Verfolgter des Nazi-Regimes und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus fordert nunmehr die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel für die Errichtung eines Mahnmals an hervorragender Stelle im Bereich der Lüneburger Innenstadt.

In enger Anlehnung an ein entsprechendes Vorhaben der Stadt Emden unterbreitet die VVN-BDA Ortsgruppe Lüneburg folgenden kurzfristig realisierbaren Vorschlag:

## 1. Standort

Es entspricht der Bedeutung dieses Gedanksteins, einen Standort zu wählen, der im zentralen, repräsentativen und öffentlich zugänglichen Bereich der Lüneburger Innenstadt angesiedelt ist. Gleichzeitig muß an diesem Gedenkstein genügend Raum für Gedenkfeiern vorhanden sein.

kein Standort eignet sich unter diesen Gesichtspunkten besser als der unmittelbare Bereich des Rathauseingangs gegenüber dem Amtsgericht.

## 2. Gedenkstein

Der Gedenkstein muß in seiner Größe die Bedeutung ausdrücken, welche den NS-Opfern in einer demokratischen Gesellschaft beigemessen wird und zugleich in seiner Form symbolisch wirken. Diesen Gesichtspunkten entspricht der hier formulierte Vorschlag, einen 2,20 - 2,50 m hohen Dreieck mit einer nach unten zeigenden Spitze (Kennzeichen der KZ-Häftlinge) zu wählen. Als Material für diese Gedenktafel sollte Grob beton verwendet genutzt werden, welches am ehesten die Symbolik der Verfolgung trifft.

## 3. Beschriftung

Über die Bedeutung dieses Gedenksteins soll - unabhängig von Gedenkfeiern - informiert werden durch Beschriftung an den drei Seitenwänden dieses Steins. Um die Gesamtheit der Lüneburger Opfer zu würdigen, ist es u.E. angebracht, mehrere Texte zu verwenden, die alle Opfergruppen ansprechen und in würdigen Worten zur Erinnerung gemahnen.

Wir schlagen folgende Texte vor:

- a) Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten "zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus" (siehe Anlage)
- b) Worte von Brecht, verbunden mit der Benennung verfolgter Lüneburger (siehe Anlage)
- c) einen dritten Text mit starkem örtlichem Bezug und Hinweis auf die Zwangsarbeit, die Lebensvernichtung in der Psychiatrie, die Ermordeten im Tierpark, auf die Juden in Lüneburg und andere Gruppen.

Die Abfassung dieses Textes sollte federführend dem Stadtarchiv übertragen werden.

## 4. Einweihung des Gedenksteins

Die Einweihung dieses Gedenksteins sollte am 8.Mai 1989 erfolgen. Dieser Tag bietet sich für eine würdige Feier besonders deshalb an, weil an diesem Tage sowohl dem 44. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, als auch dem 40. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes gedacht wird.

## 5. Erstellungskosten

Die Kosten für diesen Gedenkstein belaufen sich auf ca. 25 000.-- bis 30.000.--DM.

Ein geringer Betrag, gemessen an der Bedeutung der Opfer des Naziregimes für eine demokratische Gesellschaftsentwicklung nach der Überwindung des deutschen Faschismus.

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Ein Gradmesser für die Entwicklung der demokratisch-politischen Kultur in einer Region ist heute die Frage, ob es gelingt, öffentlichkeitswirksam das Leiden der NS-Opfer und den aufopferungsvollen Kampf des Widerstands gegen den Faschismus zu manifestieren. Dabei zwingt die Erinnerung an die Verfolgten zur Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, zur Bewußtwerdung des antifaschistischen Vermächtnisses und zum Ringen um seine Umsetzung.

In diesem Sinne möchten wir mit dem hier vorgelegten Vorschlag zur Errichtung eines Mahnmals für die Lüneburger Opfer des Faschismus unseren Beitrag leisten zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 2. April 1986.

Wir verstehen unseren Vorschlag dabei als Anstoß und als Anregung für eine öffentliche Diskussion. Aus diesem Grunde werden wir auch diesen Vorschlag einigen uns bekannten Lüneburger Künstlern unterbreiten mit der Bitte um Stellungnahme und Ergänzung.

Wir hoffen darauf, daß - angeregt durch diesen Vorschlag und möglicher ergänzender Überlegungen - der Kulturausschuß und der Rat der Stadt zu einer baldigen Entscheidung finden wird.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen persönlich, Ihrer Fraktion, dem Kulturausschuß und der Verwaltung der Stadt Lüneburg jederzeit zum Gespräch und zum Vortrag zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

P. Brunsen

Text a)

"Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der national-sozialistischen Gewaltherrschaft. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

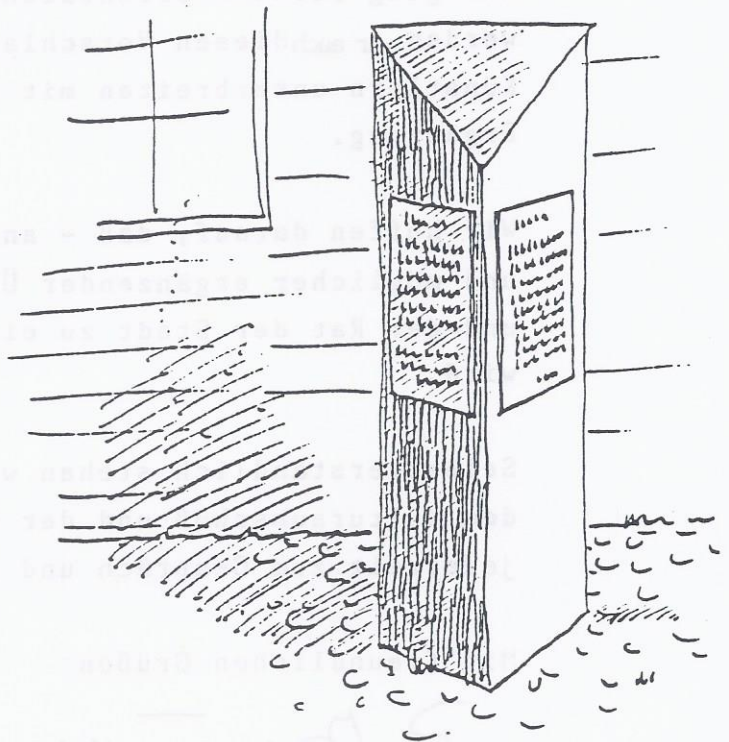
Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.

Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen."

Text b)

ALSO SEID IHR  
 VERSCHWUNDEN  
 ABER NICHT VERGESSEN  
 NIEDERGEKNÜPPELT  
 ABER NICHT WIDERLEGT  
 ZUSAMMEN MIT ALLEN  
 UNVERBESSERBAR  
 WEITERKÄMPFENDEN  
 UNBELEHRBAR  
 AUF DER WAHRHEIT BEHARREND  
 UNS MAHNUNG UND BEISPIEL







# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26

2120 Lüneburg

Tel.: 48821

RB 2/88

Liebe Freundinnen und Freunde !

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Seit unserer Jahreshauptversammlung am 27. Februar sind nun schon 2 Monate ins Land gegangen. Es wird also höchste Zeit, wieder über die "laufenden antifaschistischen Geschäfte" zu informieren:

1. Der Jahresarbeitsplan und die Anträge dazu ( auf der Jahreshauptversammlung verabschiedet ) sind derart umfangreich, daß wir sie nicht allen Rundbrief-Beziehern/innen zuschicken können. Wir haben aber noch genügend Exemplare, um sie bei Bedarf nachsenden zu können. Bei Bedarf also: Bitte melden.

2. In unseren Aktivitäten für einen Gedenkstein für die Nazi-Opfer in Lüneburg sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Der Vorstand hat ja -in Anlehnung an die Tätigkeit der Emdener VVN- Kreisorganisation - einen detaillierten Vorschlag ausgearbeitet und den Ratsmitgliedern sowie weiteren Interessierten zugesandt. Mit zeitlicher Verzögerung von drei Wochen hat sich dann auch die LZ der Sache angenommen und einen relativ ausführlichen Bericht gebracht, woraufhin sich dann auch der Kulturausschuß des Rates mit dieser Sache befaßte ( war zunächst vom Vorsitzenden Hansen nicht vorgesehen ). Die Diskussion um den Gedenkstein zeigt zweierlei: Unsere Befürchtung, daß die Ratsmehrheit dieses Thema ganz elegant vom Tisch hätte, wurde bestätigt. Die Verwaltung hat bis heute kein Konzept vorgelegt. Teile der CDU wollten gar in dieser Sache die verschiedenen Opfergruppen gegeneinander ausspielen. Zweitens hat sich gezeigt, daß es richtig war, einen konkreten Vorschlag von unserer Seite vorzulegen. Eine Hinhalte- Taktik ist jetzt schwieriger zu praktizieren, wie sich im Kulturausschuß gezeigt hat. Auf unsere Initiative hin haben sich jetzt auch örtliche "Künstler" mit diesem Thema befaßt; ein weiterer Vorschlag wurde von der Galerie Hoppe-Höffler erstellt. Um die Fragen der Gestaltung des Gedenksteins mit interessierten Personen zu besprechen, haben wir ein Treffen für Montag, d. 9. Mai um 20.00 Uhr im Roten Tor verabredet. Zu einem weiteren Treffen mit Mitgliedern der Fraktionen der SPD und der Grünen wurden wir für den Donnerstag nächster Woche eingeladen. Dort geht es auch um die generelle Frage kommunaler Politik für die Nazi- Opfer. Wer sich für diese Aktivitäten interessiert, möchte doch mit uns Kontakt aufnehmen. Die entsprechenden Unterlagen werden dann zugeschickt.....



VVN-Bund der Antifaschisten  
-Kreisorganisation Lüneburg-  
Peter Asmussen  
Barckhausenstr.- 26  
  
2120 Lüneburg

Amt Kultur-und Sportamt	
Gebäude Egersdorffstr. 1a	
Zuständig	Zimmer
Herr Kleist	

Ihr Schreiben vom / Ihr Zeichen	Mein Zeichen	Tel.: (0 41 31) 24-1	Datum
18.03.1988		Durchwahl 24- 360	31.03.1988

Errichtung eines Mahnmals für die Lüneburger Opfer des Faschismus

Sehr geehrter Herr Asmussen,

Ihr Schreiben vom 18.03.1988 an die Mitglieder des Rates der Stadt Lüneburg und die Lüneburger Stadtverwaltung habe ich zuständigkeithalber erhalten.

Ich habe zunächst eine Kopie Ihres Vorschlages an den Stadtbildpfleger gesandt, der prüfen wird, ob evtl. Bedenken stadtbildpflegerischer oder denkmalschutzrechtlicher Art gegen die Aufstellung des unter Denkmalschutz stehenden historischen Rathauses bestehen.

Vom weiteren Fortgang der Maßnahme werde ich Sie zu gegebener Zeit unterrichten.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

*[Handwritten signature]*  
(Fallapp)

Zwei Jahre nach dem Ratsbeschluß wird eine Entscheidung gefordert:

# Denkmal für Opfer des Nazi-Terrors

nc Lüneburg. Seit vielen Jahren geht es in Lüneburg um die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im März 1986 stellte schließlich die SPD-Fraktion im Rat den Antrag, die Verwaltung möge prüfen, in welcher Weise den Opfern der Nazis gedacht werden kann. Die Sozialdemokraten hatten dabei ein Denkmal an einer „markanten Stelle“ in der Stadt vor Augen. Am 24. April 1986 verwies der Rat die Sache in den Kulturausschuß. Das Resultat läßt bis heute auf sich warten.

„Versandet“ sei der SPD-Antrag keineswegs, erklärt Dirk Hansen (FDP) als Vorsitzender des Kulturausschusses. Man habe sich durchaus damit befaßt. Erstmals am 29. September 1986. Am 20. Mai 1987 wurde dann wegen der umfangreichen Tagesordnung auf die Behandlung verzichtet, im September desselben Jahrs kam das Thema „Gedenkstein“ zu den Haushaltsberatungen erneut auf den Tisch. Ein Ergebnis gibt es bis heute nicht.

Die Verwaltung habe auch nie konkrete Vorschläge präsentiert, so Hansen. Dazu hatte sie der Ausschuß indes bereits im September 1986 aufgefordert.

Einen Monat später berichtete Oberstadtdirektor Reiner Faulhaber im Verwaltungsausschuß von Plänen der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft in Hamburg, der Stadt zweckgebundenes Geld für die Errichtung eines Gedenksteins für deportierte Lüneburger Juden sowie eine Gedenktafel auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof, Vor dem Neuen Tore, zu überlassen. Die Mittel stämmen aus Spenden, die anlässlich der Beerdigung von Oberstudienrat Manfred Göske zusammenkamen.

Am 25. November 1986 erklärte sich der Kulturausschuß einstimmig bereit, die Absicht der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft zu unterstützen. Da die Spenden voraussichtlich die Kosten nicht decken, wurden im Haushalt 1988 „pauschal“ 3.500 Mark eingesetzt. Die Übergabe der Gedenksteine ist zum 50. Jahrestag der „Reichs-



Dieser Gedenkstein im Lüneburger Tiergarten erinnert an die Nazi-Opfer. Ein zweites Mahnmal ist seit langem im Gespräch. Foto: A/mahrt

kristallnacht“, am 9. November 1988, vorgesehen.

Dazu Oberstadtdirektor Reiner Faulhaber: „Die Verwaltung ist davon ausgegangen, daß sich damit der SPD-Antrag erledigt hätte. Das fand aber nicht die Zustimmung aller Ausschußmitglieder.“ Die Fraktionen müßten jetzt dazu Stellung nehmen, ob der Plan eines weiteren Gedenksteins für die

die Gedenksteine der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft bestimmt sind. „Ich werde die Geschichte in der Sitzung des Kulturausschusses am 20. April zur Sprache bringen“, versichert Hansen.

Jetzt schaltete sich der VVN — Bund der Antifaschisten, Ortsgruppe Lüneburg, ein. Zwei Jahre nachdem die SPD den Antrag eingebracht hat, fordert er nunmehr, die Mittel für ein Mahnmal bereitzustellen. Außerdem legt der VVN Rat und Verwaltung einen nach seiner Auffassung kurzfristig zu realisierenden Vorschlag vor: Ein Gedenkstein, der alle n Opfern des Nazi-Terrors gerecht wird und im Bereich des Rathauseinganges stehen sollte. Derzeit prüfen Stadt und Denkmalpflege laut Oberstadtdirektor, ob die Idee an dieser Stelle zu verwirklichen wäre, beide befaßten sich also mit dem Vorschlag.

Opfer des nationalsozialistischen Regimes noch bestehen bleiben soll.

Für Dirk Hansen ist dieses Thema nach eigenen Angaben jedenfalls nicht vom Tisch. Ihm sei auch nicht so klar gewesen, daß die 3.500 Mark im 88er Haushalt für

Das Projekt lehnt sich eng an ein entsprechendes Vorhaben der ostfriesischen Stadt Emden an. Die Kosten würden 25.000 bis 30.000 Mark betragen — ein geringer Beitrag gemessen an der Bedeutung des Nazi-Opfer für eine demokratische Gesellschaftsentwicklung, meint der VVN.

## LZ-Zwischenruf

### Ratsmühle

Entscheidungen dauern in Lüneburg immer etwas länger als anderswo. Deshalb jammert man heute im Zentrum der nordostniedersächsischen Region einer ausreichenden Veranstaltungshalle hinterher, beklagt einen davongeflogenen Flugplatz, sieht neidisch auf den blühenden Kurort Bad Bevensen, trauert um verpaßte Chancen zur rechtzeitigen Erweiterung der Industrielandschaft und erstickt im Verkehr.

Jüngstes Beispiel für die „Entscheidungsfreudigkeit“, in diesem Falle beim Kulturausschuß: Das Denkmal für die NS-Opfer. So etwas als Nebensächlichlichkeit — trotz einstimmigen Ratsbeschlusses — zwei Jahre lang schmornen zu lassen, sich allenfalls halbherzig darum zu kümmern, zeugt nicht nur von schlechtem Stil. In Lüneburg gibt es nämlich genug Mitbürger, denen das Andenken an die Opfer des Nazi-Terrors, und zwar an alle, etwas bedeutet.

Davon ganz abgesehen, wirft dieser Vorgang aber auch ein Schlaglicht auf die langsam — zu langsam! — mahelnden Ratsmühlen. Am mangelnden Geld kann es ja diesmal nicht gelegen haben. Werner Rausch

aus der Niederschrift über den  öffentlichen  nichtöffentlichen Teil der 6. Sitzung des  
Kulturausschusses am 20.04.88

TOP: 5a Aufstellen eines Gedenksteines für die Opfer des  
NS-Regimes

**Beschlußwortlaut:**

Anlässlich eines Vorschlages des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten über die Standortwahl und die Ausgestaltung eines Gedenksteines wurde dieser TOP auf Initiative von Ratsherrn Hansen in die Tagesordnung aufgenommen.

Stadtdirektor Schumann stellt den Stand der Gespräche dar, die seit dem Antrag seitens der SPD-Fraktion geführt worden sind. Der Haushaltsplanentwurf 1988 sieht für diese Maßnahme 3.500,-- DM vor. Bei der Standortwahl gibt Stadtdirektor Schumann zu bedenken, daß das Rathaus als internationales Denkmal eingestuft worden ist. Eine Entscheidung des Instituts für Denkmalpflege (Bezirksregierung) ist einzuholen. Der Antrag, ob der Gedenkstein vor der Rathausfront aufgestellt werden darf, liegt dort vor.

Die Mitglieder des Kulturausschusses steigen anschließend in eine Aussprache über die Standortwahl ein. Der Vorsitzende, Ratsherr Hansen, gibt Orte zu bedenken, die einen engen Bezug zu Handlungen des NS-Regimes haben (ehemalige Gestapostelle in der Julius-Wolff-Straße, Telschowbunker in der Schießgrabenstraße und die ehemalige Wache der Schutzpolizei am Ochsenmarkt). Die Vertreter der SPD und der Grünen hingegen halten diese Orte wegen ihrer dezentralen Lage für unangebracht. Für sie spielt die Gesamtverantwortung des Deutschen Volkes eine Rolle und der Standort Rathausfront erscheint Ihnen für ein geeignetes Gedenken und eine sinnvolle Mahnung für die Zukunft als notwendig. Die Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuß sind der Auffassung, daß in diesem Gremium über grundsätzliche Schuldfragen nicht befunden werden sollte. Ratsherr Ziegert fordert alle Mitglieder auf, eine gemeinsame Lösung zu finden. Beigeordneter Rieckmann gibt dabei zu bedenken, daß bei den Überlegungen finanzielle Probleme weitestgehend außenvorzulassen sind, damit der Bedeutung der Opfer in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird.

**Verteiler:**

Die Mitglieder des Kulturausschusses sind sich darüber einig, die Problematik Standortwahl und die Ausgestaltung in den einzelnen Fraktionen erneut zu behandeln. Die SPD-Fraktion wird gebeten, einen Textvorschlag auszuarbeiten. Sei es in Anlehnung an den Vorschlag des VVN oder die Rede des Bundespräsidenten. Dieser TOP soll zur nächsten Kulturausschußsitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden, zumal die Einweihung des Gedenksteines entweder zum Herbst 1988 oder 08.Mai 1989 erfolgen soll. Das Garten-und Friedhofsamt wird beauftragt zu prüfen, ob es einen geeigneten, nicht mehr benötigten Grabstein gibt, der für diese Zwecke aufgearbeitet werden könnte.

( )  
( )

( )  
( )

Genau Kulturausschuss-Sitzung vom 10.04.87 (S. 11) wurde die SPD-Fraktion gebeten, weitergehende Vorschläge für die Standortwahl und die textliche Ausgestaltung zu erarbeiten. Seitens der SPD-Fraktion wurde festgelegt, dass für die Standortwahl lediglich zentrale Punkte vorwiegend in der Nähe des VVN-Ausschusses des Volkshauses oder des Gedenksteines geprüfert werden sollen. Die textliche Ausgestaltung sollte sich an den Textvorschlag der VVN halten, der ein Hinweis auf die Bedeutung der Gedenkstätte ist. Am 10. Mai 1987 hat die SPD-Fraktion einen Vorschlag für die Standortwahl und die textliche Ausgestaltung erarbeitet. Der Vorschlag ist im Anhang beigefügt. Die SPD-Fraktion möchte betonen, dass die Standortwahl in der Nähe des Volkshauses die Bedeutung der Gedenkstätte unterstreichen würde. Die textliche Ausgestaltung ist ebenfalls im Anhang beigefügt. Die SPD-Fraktion ist sich bewusst, dass die Gedenkstätte ein wichtiger Bestandteil der Gedenkstätte ist. Die SPD-Fraktion möchte betonen, dass die Gedenkstätte ein wichtiger Bestandteil der Gedenkstätte ist. Die SPD-Fraktion möchte betonen, dass die Gedenkstätte ein wichtiger Bestandteil der Gedenkstätte ist.

Zu beschließen  im Verwaltungsausschuß  im Rat

TOP	der gemeinsamen Sitzung des VHS-Beirates und des Kulturaus-	am	Bericht- erstatter(in)	Unterschrift, Datum
6	. Sitzung des schusses	01.06.88	5	
	. Sitzung des			
	. Sitzung des			
	. Sitzung des			
	. Sitzung des Verwaltungsausschusses	28.06.88	2	
	. Sitzung des Verwaltungsausschusses			
	. Sitzung des Rates			

**Bezeichnung des TOP**

 Aufstellen eines Gedenksteines für die Opfer des  
 NS-Regimes

**Sachdarstellung**

Gemäß Kulturausschuß-Sitzung vom 20.04.88 (s. Anl. 1) wurde die SPD-Fraktion gebeten, weitergehende Vorschläge für die Standortwahl und die textliche Ausgestaltung zu erarbeiten.

Seitens der SPD-Fraktion trägt Ratsfrau Brück vor, daß für die Standortwahl lediglich zentrale Punkte vor wichtigen Gebäuden in Frage kommen. Wenn aus Einwendungen des Denkmalschutzes die Rathausfront ausscheiden sollte, wären der Bereich des Heine-Hauses oder der Ochsenmarkt geeignete Alternativen. Die textliche Ausgestaltung sollte sich eng an den Textvorschlag A des VVN halten, der ein Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985 ist. Dieser in Anlage 2 beigefügte Vorschlag wird von Herrn Stadtdirektor Schumann vorgetragen. Das Ermitteln einer geeigneten, noch zu behandelnden Grabplatte ist seiner Ansicht nach kein Problem. Im Einklang mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion möchte Beigeordneter Rieckmann sichergehen, daß der Gedenkstein die Bedeutung widerspiegeln solle. Gerade der textlich ausgedehnte Vorschlag benenne die Opfer im einzelnen und sei damit wirkungsvoller als ein einzelner, zusammenfassender Satz. Der möglicherweise dafür besonders große Gedenkstein erweise sich für ein würdiges Gedenken dementsprechend geeignet. Seitens der CDU-Fraktion schlägt Ratsfrau Meins vor, die textliche Ausgestaltung allgemein und wertfrei abzufassen. Ihr Vorschlag ist:

"Den Opfern der Gewaltherrschaft und des Krieges".

Somit wären auch jene einbezogen, die aus den Folgen heraus, wie z. B. die auf der Flucht Umgekommenen, zu Opfern geworden sind.

...

Auszüge an: 6, 67

Der Vorsitzende, Ratsherr Hansen, schlägt folgenden Text vor:

"Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft  
1933 - 1945".

Er möchte bei der Standortwahl berücksichtigen, daß der Ort die Verantwortlichkeit deutlich macht und somit ein Ort des Geschehens ist.

Es werden folgende zwei Textvorschläge zur alternativen Abstimmung gebracht:

1. Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten  
(s. Anlage VVN)
2. Textvorschlag des Vorsitzenden, Ratsherrn Hansen.

Der 1. Vorschlag wird bei 3 Dafür- und 4 Gegenstimmen abgelehnt.  
Der 2. Textvorschlag wird bei 3 Dafür-, 3 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung ebenfalls abgelehnt.

Für die Standortwahl werden 3 Vorschläge zur Abstimmung gebracht:

1. Vor der Rathausfassade, Am Markt  
(Antrag Ratsfrau Brück)
2. Ehem. Synagoge (Antrag Ratsfrau Meins)
3. Ausgang "Telschowbunker", Schießgrabenstraße  
(Antrag Ratsherr Hansen).

Der 1. Vorschlag wird bei 3 Dafür- und 4 Gegenstimmen abgelehnt.  
Der 2. Vorschlag wird bei 1 Dafür- und 6 Gegenstimmen abgelehnt.  
Der 3. Vorschlag wird bei 4 Dafür- und 3 Gegenstimmen angenommen.

Die Mitglieder sind sich darüber einig, die Standortwahl ohne Textvorschlag dem Verwaltungsausschuß zur Entscheidung vorzulegen.

Beschlußvorschlag:

"Der Verwaltungsausschuß beschließt, einen Gedenkstein für die Opfer des NS-Regimes am Ausgang des ehem. "Telschowbunkers" in der Schießgrabenstraße mit folgendem Text:

---

aufzustellen."

# Wenig Geld für Kunst

hr Lüneburg. Die Bildersammlung der Stadt Lüneburg ist in den vergangenen Jahren kaum gewachsen. Das bedauerte Stadtdirektor Friedrich Schumann in seinem Bericht während der jüngsten Sitzung des Rats-Kulturausschusses im Gebäude des Kulturforums Lüneburg e.V. (Gut Wienebüttel).

„Wir konnten kaum etwas erwerben“, sagte Schumann und wies auf den chronischen Geldmangel in der Kasse der Stadt hin. Keine einzige Mark stehe 1988 für die Ergänzung der Sammlung zur Verfügung, ebenso sei es im

vergangenen Jahr gewesen. Immerhin drei Bilder habe die Stadt mit den 10 000 Mark aus den Etats der Jahre 1985/86 kaufen können. Stadtdirektorin Dr. Uta Reinhardt stellte dem Ausschuss die Neuerwerbungen während der Sitzung vor.

Als „etwas provinziell“ bezeichnete Dr. Reinhardt ein Bild des Emsener Malers Wilhelm Matthies. Das 1877 entstandene Ölgemälde zeigt den Platz Am Sande: Ein Lüneburger Dragoner fährt mit einer Kutsche vor der Kullisse der Giebel, eine beschürzte Frau ist mit einem Eimer unterwegs zum Brunnen. 10 000 Mark, so Dr. Reinhardt, habe die Stadt für das Bild ausgegeben.

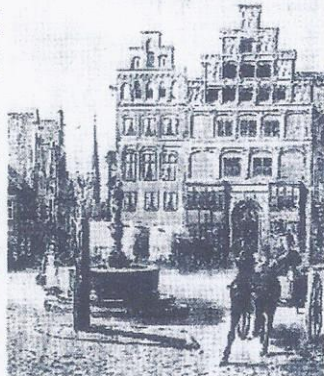
1980 entstand das Gemälde „Vogelschloß mit Jorinde“ der Künstlerin Brigitte Kranich aus Toppenstedt. Für 500 Mark kaufte die Stadt das farbenfrohe, in naiver Manier gemalte Bild.

Verschiedene historische Lüneburger Häuser zeigt die ungerahmte Kreidestudie der Hamburger Malerin Ingrid Webendoerfer. Für einen Rahmen habe das Geld nicht mehr gereicht, erklärte Dr. Reinhardt.

## Gedenkstein

Uneins war sich der Kulturausschuß in der Debatte über den geplanten Gedenkstein für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zwar empfahl das Gremium einen – wenn auch umstrittenen – Standort. Dagegen fand aber keiner der Vorschläge für eine Inschrift eine Mehrheit. Seit mehr als zwei Jahren schon soll der Kulturausschuß aufgrund eines einstimmigen Ratsbeschlusses klären, wo und mit welcher Inschrift das Denkmal aufgestellt werden soll.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dirk Hansen (FDP) empfahl der Kulturausschuß jetzt mit den vier Stimmen von CDU und EDP, den Eingang zum Bunker der ehemaligen NSDAP-Gauleiter-Villa als Standort. Der Bunker-Eingang befindet sich an der Böschung des Lisegrabens neben der Schießgrabenstraße. Hansen bezeichnete den Standort als „hervorragend geeignet“, da er auf die Verantwortlichen des Nationalsozialismus hinweise.



Jetzt im Besitz der Stadt: 1877 entstandenes Ölbild des Malers Wilhelm Matthies. Repros: mac

Ganz anderer Meinung war SPD-Ratsfrau Gabriele Brück: Der Gedenkstein dürfe nicht versteckt, sondern müsse an einem Ort aufgestellt werden, „an dem sehr viele Menschen vorbeikommen.“ Ihr Vorschlag: Vor der Rathausfassade am Markt. Das lehnte der Ausschuss gegen die drei Stimmen von SPD und Grünen ab.

Offen ist immer noch die Frage nach der Inschrift des Denkmals. SPD und Grüne sprachen sich für eine Passage aus der Rede aus, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes gehalten hatte. Ratsherr Ulrich Ziegert (CDU) bezeichnete die Passage als „zu lang“. Hansen schlug daraufhin diesen Text vor: „Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 - 1945“. Bei der Abstimmung ergab sich bei einer Enthaltung ein Patt – damit waren beide Vorschläge abgelehnt.



**MOIN**  
ILLUSTRIERTE HEIDZEITUNG  
8. Jahrgang, Nr. 3, Mai 1988

## NS – Mahnmal in Lüneburg?

Angesichts der Tatsache, daß nun bereits wieder zwei Jahre verstrichen sind, ohne daß der – einstimmig angenommene – Ratsbeschluß vom 24.4.86 Realität wurde, wonach an einer markanten Stelle der Stadt eine Gedenktafel oder ein Denkmal für die Lüneburger Opfer der Nazi-Diktatur zu errichten ist, ergreift die VVN-Lüneburg noch einmal die Initiative, damit auf der politischen Ebene eine Entscheidung getroffen wird. Wir alle wissen, daß die Stadt Lüneburg mit ihren Institutionen diese Seite der Vergangenheit nie öffentlich aufgearbeitet hat.

Keine öffentliche Einrichtung der Stadt – und es wird soviel über die Geschichte der Stadt gesagt und geschrieben – bemühte sich bislang hinreichend, dem Schicksal der Lüneburger Opfer und der Widerstandskämpfer/innen nachzuspüren.

Einen ersten Entwurf für ein solches Mahnmal hat die VVN-Lüneburg in den letzten Wochen entwickelt, und er wird in den nächsten Tagen den Mitgliedern des Rates und der Öffentlichkeit (sofern die örtliche Presse darüber berichten wird) zugänglich gemacht. Der VVN versteht diesen Entwurf allerdings lediglich als – auch politischen – Anstoß, nicht als letzte Überlegung. Peter Asmussen, Sprecher des VVN dazu: „Unsere künstlerischen Kompetenzen sind sehr begrenzt und wir denken, daß es nicht allein Aufgabe unserer Organisation sein kann, für die Gestaltung eines antifaschistischen Mahnmals zu sorgen. Das muß Sache aller Lüneburger sein, denen die öffentliche Erinnerung an die Nazi-Opfer im Herzen liegt.“

Um die verschiedenen Überlegungen zur Gestaltung dieses Mahnmals zu besprechen, lädt der VVN-Lüneburg zu einem Treffen ein  
Termin: Montag, den 9. Mai 1988 um 20.00 Uhr, Gaststätte -Rotes Tor-  
fm



is Öl-  
:mac

sfrau  
dürfe  
1 Ort  
Men-  
Vor  
hnte  
von

1 der  
rüne  
Rede  
Veiz-  
ndes  
:gert  
ng“,  
sein,  
vor:  
Ge-  
tim-  
ein  
bge-



## Mahnmal

...besuchte ich nach 40jähriger Abwesenheit wieder einmal meine Heimatstadt Schwerin, die Landeshauptstadt von Mecklenburg, in der ich aufgewachsen bin. Nach dem Besuch meines Elternhauses und der leider vergeblichen Suche nach dem Grab meines 1933 verstorbenen jüdischen Vaters ging ich dorthin, wo in Schwerin bis zur Kristallnacht am 9. November 1938 die Synagoge gestanden hatte. An dieser Stelle am Schlachtermarkt ist vom Rat der Stadt Schwerin nicht nur ein Gedenkstein aufgestellt sondern auch eine vorbildliche Gedenkstätte in einem neu renovierten Haus vor der ehemaligen Synagoge eingerichtet worden, in der eine ständige Ausstellung mit vielen Bildern und ausführlichen Berichten über die grausame Verfolgung der Juden in Schwerin während der Zeit 1933-45 zu sehen ist. Kaum einer der ziemlich großen Gemeinde hat diese Zeit überlebt. Tief erschüttert hat mich, daß ich dort auch einen ausführlichen Bericht meiner Mutter vorgefunden habe über die letzte Nacht der Juden von Schwerin vor ihrer Deportation in die Vernichtungslager. Diese Gedenkstätte steht an exponierter Stelle in Schwerin und wird laufend unterhalten und ergänzt und liebevoll und engagiert betreut. Ebenso ist der jüdische Friedhof in Schwerin wieder neu aufgebaut und wird ständig, wie auch die Gedenkstätte, mit Haushaltsmitteln der Stadt Schwerin unterhalten, auch mit hauptamtlich dafür eingestellten Kräften.

Als ich von dieser Reise nach Lüneburg zurückkam, las ich, daß der Rat unserer Stadt Lüneburg einen Gedenkstein für die Opfer des NS-Regimes, versteckt am Lösegraben, wo doch kaum jemand hinkommt, hinsetzen will. In Erinnerung an meine Erlebnisse in der DDR-Stadt Schwerin glaubte ich vor Scham in den Erdboden versinken zu müssen. Ja, ich schäme

mich für die Väter dieses unmöglichen Vorschlages zutiefst und meine: das darf nicht geschehen! Wollen wir uns wirklich von den Behörden der DDR in den Schatten stellen lassen? Das darf doch nicht sein! Das Mahnmal gehört auch in Lüneburg an exponierte Stelle, am besten wohl in die Mitte der Bäckerstraße.

Heinz Hamburger  
Untere Ohlingerstraße 22

LZ Dienstag, 21. Juni 1988

## Gedenkstein

... soll nun nach dem Willen der Kulturausschuß-Mehrheit am Lösegraben ein Gedenkstein für die Nazi-Opfer aufgestellt werden. Selbst wenn man den Gedanken der Ausschlußmehrheit folgen wollte und als sinnvollen Ort für einen Gedenkstein die ehemalige Zentrale der faschistischen Machthaber wählen möchte, ist der Bunker-Eingang zur sog. Telschow-Villa am Lösegraben historisch gesehen schlichtweg falsch gewählt: Der Bunker diente nämlich als „Gaubefehlsstand des Luftwariendienstes“. Auch die Villa selbst — durch einen Tunnel mit dem Bunker verbunden — diente lange Zeit mehr den repräsentativen Zwecken der Nazis. Erst in den Kriegsjahren wurden Teile der Nazi-Verwaltung in diese Villa verlegt. Dieses Haus steht zudem nicht am Lösegraben, sondern bekanntlich auf der gegenüberliegenden Straßenseite in der Schießgrabenstraße.

Wenn schon (nach dem Bericht der LZ) vom Ausschuß-Vorsitzenden isoliert die NSDAP-Gauleitung für den Nationalsozialismus in Lüneburg verantwortlich gemacht wird (das Buch „Heimat, Heide, Hakenkreuz — Lüneburgs Weg ins Dritte Reich“ gibt Auskunft darüber, wieviele „hervorragend geeignete Standorte“ es für einen Gedenkstein sonst im Ort noch gäbe), dann kommt doch wohl nur der Platz unmittelbar vor dem „Braunen Haus“ in Frage. Von hier aus verübte die Gauleitung Ost-Hannover der Nazi-Partei ihre Verbrechen, nachdem Lüneburg am 1. April 1937 Gau-

hauptstadt wurde. Das „Braune Haus“ befand sich Am Sande/Ekke Rote Straße.

Peter Asmussen  
Barckhausenstr. 26  
2120 Lüneburg

Landeszeitung 11.07.88

X

## Mahnmal

... drängt sich die Vermutung auf, daß einige Ratsdamen und -herren sich nicht mehr gern an Details ihres nun schon über zwei Jahre „alten“ Beschlusses über einen Gedenkstein für die Lüneburger Opfer der Nazi Herrschaft erinnern. Einstimmig wurde beschlossen, einen solchen Stein an markanter Stelle in der Innenstadt aufzustellen und speziell den Lüneburger Verfolgten und Opfern zu widmen. In der damaligen Debatte übertrafen sich die Redner (-innen) zumindest rhetorisch, sich näher an die Gegner und Opfer der Nazis zu rücken. Die Eindrücke von den vielen Aktivitäten um den 40. Jahrestag der Befreiung von den Schrecken der Hitler-Diktatur und des Krieges waren wohl noch frischer und deutlicher in Erinnerung. Ich finde es beschämend, daß im Kulturausschuß ein Vorschlag favorisiert wird, der entgegen dem Ratsbeschuß keinen markanten Ort für den Gedenkstein vorsieht und auch die Lüneburger Opfer der Nazi-Herrschaft hinter einer allgemeinen Floskel versteckt.

Eckhard Lüdemann  
H.-W.-Kopf-Str. 12  
2120 Lüneburg



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26  
2120 Lüneburg

9.6.1988

An die  
Landeszeitung  
Am Sande  
2120 Lüneburg

Der Abdruck dieses Leserbriefes  
wurde von der LZ-Chefredaktion  
abgelehnt.

Sehr geehrte Damen/Herren!

Wir bitten Sie um die Veröffentlichung des folgenden Leserbriefes:

...kennzeichnet der Beschluß des Kulturausschusses der Stadt hinsichtlich des geplanten Gedenksteins für die Nazi- Opfer einmal mehr, was der Antifaschist "Geordano" "Die zweite Schuld der Deutschen" genannt hat: Das Verdrängen der Schuld am deutschen Faschismus, das völlige Unverständnis für die Nazi- Opfer - auch für deren Bedeutung für eine demokratische Gesellschaftsentwicklung nach 1945.

Anstatt die Chance des Ratsbeschlusses vom April 1986 zu nutzen und endlich einmal auch in Lüneburg ein öffentliches Zeichen zu setzen, auch um zur Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit zu zwingen, zum Bewußtmachen des faschistischen Terrors und des antifaschistischen Vermächtnisses, soll nun ein Stein mit einem wohl "kurz und bündigen" Text" (Ratsherr Ziegert) versteckt an der Böschung des Lösegrabens aufgestellt werden - fernab der alltäglichen Wahrnehmungsfähigkeit.

Der gesellschaftliche Randbereich, <sup>an</sup> den die Nazi- Opfer ~~in~~ Lüneburg seit jeher gedrängt wurden, wird durch die abseitige Lage des Lösegrabens markiert.

Wir rufen alle interessierten Lüneburger auf, gegen diesen Beschluß bei den Mehrheitsfraktionen CDU und FDP zu protestieren.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten  
Kreisorganisation Lüneburg, Postfach 1711, 2120 Lüneburg

Mit freundlichen

Griß

P. Asmussen

## Stätte des Gedenkens

**Der Lüneburg. Nach jahrelangen Diskussionen im Rat der Stadt Lüneburg und seinen Gremien steht jetzt fest, wo der Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus aufgestellt werden soll: an der Lindenstraße auf einer Rasenfläche neben dem Zollamt.**

Das bestätigte gestern Oberstadtdirektor Reiner Faulhaber. Bei einer Enthaltung habe der Verwaltungsausschuß des Rats diesen Standort endgültig beschlossen, der Rat selbst müsse sich nicht mehr mit dem Thema befassen.

Der Platz an der Lindenstraße sei gewählt worden, um auf die Kriegsverbrecher-Prozesse hinzuweisen, die nach 1945 in der mittlerweile abgerissenen MTV-Turnhalle an der Lindenstraße stattfanden, erklärte Faulhaber.

Mit der Entscheidung für die-

sen Standort wurde die Empfehlung des Kulturausschusses abgelehnt, der sich auf Vorschlag seines Vorsitzenden Dirk Hansen (FDP) mit knapper Mehrheit für einen Gedenkstein an der Böschung des Lösegrabens ausgesprochen hatte. Dort befindet sich der Eingang zum Bunker der ehemaligen NSDAP-Gauleiter-Villa.

Dieser Vorschlag war bereits im Kulturausschuß auf Kritik von SPD und Grünen gestoßen. Am Lösegraben werde der Stein zu versteckt stehen, hieß es.

Auch für eine Inschrift hat sich der Verwaltungsausschuß des Rats jetzt entschieden:

„Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 bis 1945.“

Diesen Text hatte der Kulturausschuß auf Vorschlag von Hansen empfohlen.

8.07.88

## Gedenktafel für Nazi-Opfer

**rau Lüneburg. Die Sozialdemokraten im Arbeitskreis Kirche/SPD drängen darauf, in Lüneburg eine Gedenktafel für die Opfer der NS-Herrschaft anzubringen.**

Ihre Vorstellung: Eine Gedenktafel, die außen am Rathaus angebracht ist und folgende Inschrift hat: „Wir Bürger von Lüneburg gedenken der Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft in Ehrfurcht“. Einen entsprechenden Antrag soll die SPD-Fraktion in

den Rat einbringen.

Dr. Franz Siegfried vom Arbeitskreis: „Vor 50 Jahren sind die deutschen Synagogen in Brand gesteckt worden, SA plünderte jüdische Geschäfte, politisch Andersdenkende wurden ihrer Freiheit beraubt, in Konzentrationslagern gequält und ermordet. Morde an Juden, an Schwerkranken, Polen und Angehörigen eroberter Staaten. Diese Millionen Opfer dürfen nicht vergessen und verdrängt werden“.



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26

2120 Lüneburg

Rundbrief 3/88

31.7.1988

Liebe Freundinnen und Freunde !

Liebe Kameradinnen und Kameraden !

Wo immer in einem Ort der Bundesrepublik mit konservativ geführter Ratsmehrheit öffentlich symbolisch an die Nazi- Opfer erinnert werden soll, läuft das gleiche Trauerspiel ab wie in Lüneburg: Da wird zunächst einmal versucht, das Thema durch Nichtbefassung dem Vergessen anzudienen, und wenn dieses nicht gelingt ( wie bei uns ), ohne weitere öffentliche Diskussion 1. einen Standort zu finden, der möglichst außerhalb des Stadtzentrums angesiedelt ist und 2. durch Form und Inhalt jene Unverfänglichkeit auszuweisen, die sowohl jede politische und moralische Schuld bestenfalls den obersten Nazi- Führern zuschreibt und gleichzeitig die Gruppen der Nazi- Opfer derart ausweitet, daß sich jeder NSDAP-Ortsgruppenleiter darin wiederfindet, sodäÙ schließlich dem Betrachter/-in eines solchen Mahnmals/Gedenksteins nichts anderes übrigbleibt, als sich über die "Gnade der später Geburt" zu freuen, den faschistischen Teil der deutschen Geschichte als abgeschlossen zu betrachten, um sodann gedanken- und konsequenzenlos seines Weges zu gehen.

Den derzeitigen Stand der Dinge bei uns in Lüneburg habt ihr sicher der Landeszeitung entnommen: Der Verwaltungsausschuß hat beschlossen, auf der Grünfläche zwischen dem Arbeitsamt und der Zollverwaltung ( Lindenstraße), also in unmittelbarer Nähe des Kriegerdenkmals, einen Gedenkstein aufzustellen. Mit diesem Beschluß und mit der Art und Weise des Zustandekommens ( man denke nur an die großangelegte Kampagne mit Ausschreibung, Malwettbewerb, Vorschlägen, Begutachtungen etc., als es um die Salzsau des Unternehmers Schintzel ging ) sind wir natürlich absolut nicht einverstanden.

Unser Vorschlag deshalb: Die Umsetzung des o.g. Beschlusses zunächst einmal auszusetzen und ein öffentliches Forum zur Diskussion mit den engagierten und interessierten Lüneburger/-innen einzuberufen ( unsere Vorstellung: am Antikriegstag, 1. September im Kulturforum Gut Wienebüttel). Ob dieser Vorschlag, der - in Absprache mit uns - von den Grünen und wahrscheinlich auch von der SPD unterstützt und von Faulhaber eingebracht wird - auf der Sitzung des Verwaltungsausschusses am Di., 2. August allerdings Gehör findet, ist längst nicht sicher.

Über den neuesten Stand berichten wir dann im nächsten Rundbrief. . . .



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26  
2120 Lüneburg

04131/ 48821

22.8.1988

An die  
Mitglieder des Kulturausschusses des Rates der Stadt Lüneburg  
Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien  
Stadtverwaltung der Stadt Lüneburg

Betr.: Gedenkstein für NS- Opfer

Sehr geehrte Damen/ Herren!

Unter dem Titel " Gegen das Vergessen !" veranstalten wir am Freitag, den 2. September um 19.00 Uhr ein öffentliches Gespräch mit allen Beteiligten, Betroffenen und den politisch Verantwortlichen im Kulturforum Gut Wienebüttel, um einmal gemeinsam über die Bedeutung, über Form, Inschrift und Standort des geplanten Mahnmäls zum Gedenken an die Lüneburger Nazi- Opfer sprechen zu können, und wir möchten Sie zu dieser Veranstaltung hiermit einladen.

Wir haben uns den Ablauf der Veranstaltung so vorgestellt, daß - nach einer Einleitung durch den Veranstalter - die verschiedenen Konzeptionen durch die jeweiligen Sprecher vorgestellt und begründet werden. Die Herren Neuhaus, Höffler und Siegfried ( für den Arbeitskreis Kirche in der SPD) sind bereits eingeladen worden. Herrn Hansen als Vorsitzender des Kulturausschusses ist von uns gebeten worden, den derzeitigen Sachstand ( Beschlußlage der Ratsgremien ) vorzustellen.

Wir erwarten von dieser Veranstaltung ein gemeinsames Gespräch all jener engagierter und interessierter Lüneburger/innen, die sich bislang recht unabhängig voneinander über diese Form der Verarbeitung der faschistischen Vergangenheit Gedanken gemacht haben und hoffen darüber hinaus auf Anstöße für Entscheidungen des Rates und seiner Gremien.

Wir würden uns freuen, Sie als politisch Beteiligte/n auf unserer Veranstaltung begrüßen zu können

und verbleiben mit freundlichem Gruß

*P. Asmussen*



# Gegen das Vergessen

Eine Veranstaltung

## Freitag, 2. September, 19.<sup>00</sup>h

Kulturforum Lüneburg, Gut Wienebüttel

Ein Mahnmal für Lüneburger NS-Opfer  
Vorstellung verschiedener Entwürfe

### Esther Bejarano

singt mit der Gruppe " Siebenschön "

### Lieder aus dem Widerstand

Die Veranstaltung soll durch Spenden finanziert werden

VVN-Bund der Antifaschisten



Kreisverband Lüneburg

b.w. →

# GEDENKstein des Anstoßes

1986, über 40 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur kam der Rat der Stadt endlich zu dem Beschluß ein Denkmal für die Opfer der Nazis zu errichten. Laut Ratsbeschluß soll es insbesondere an die Lüneburger NS-Opfer erinnern und einen markanten Platz in der Innenstadt finden.

Ohne die vorausgegangenen vielfältigen Aktivitäten zum 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, wäre dieser Beschluß wohl kaum zustande gekommen. Obwohl der Beschluß einstimmig gefaßt wurde, scheint es, als wäre er einigen Ratsmitgliedern unangenehm. Nichts wurde zu seiner Verwirklichung getan bis interessierte Bürger (auch Vertreter der SPD und der Grünen) einen Workshop zur Ideensammlung durchführten und die VVN die Verwirklichung des bis dahin schon 1 Jahr alten Ratsbeschluß anmahnte.

Je konkreter dann die Vorschläge zur Gestaltung des Denkmals wurden, um so eiliger ging man daran im Kulturausschuß und Verwaltungsausschuß mit Mehrheit von FDP und CDU Festlegungen zu treffen, die weder bereits vorgelegte Entwürfe berücksichtigten noch dem Ratsbeschluß gerecht wurden, der festlegte: es soll besonders an die Lüneburger NS-Opfer erinnert werden und ein markanter Platz in der Innenstadt gefunden werden.

Nachdem viele Bürger sich über dies unangemessene Vorgehen beschwerten und auch die Vermutung äußerten, hier solle ein wichtiges Thema mit der Aufstellung eines Gedenksteins erledigt werden, erst dann erklärte sich der Verwaltungsausschuß bereit, noch eine öffentliche Diskussion abzuwarten, die von der VVN organisiert werden sollte.

Bisher wurden drei verschiedene Entwürfe bekannt, Künstler und Interessierte wollen die Projekte am 2. September im Kulturforum auf dem Gut Wienebüttel vorstellen und diskutieren.

## Esther Bejarano

Sie singt alte jiddische Lieder, Lieder der deutschen Arbeiterbewegung, Partisanenlieder aus der Ukraine und Lieder der Frauenbewegung. Begleitet von Gitarren, Cello, Geigen, Akkordeon und Baß erzählt ihre eindringliche Stimme von Treblinka und deutschem Widerstand. Ohne Bitterkeit erinnert sie an die Verantwortung, die wir für unsere Geschichte zu tragen haben.

Kaum 18 Jahre alt wurde Esther Bejarano von den Nazis nach Auschwitz verfrachtet. Überleben konnte sie das KZ nur, weil sie Akkordeon spielte im Auschwitzer Mädchenorchester. Sie spielte ums Überleben, Märsche wenn Kolonnen abgemagerter Häftlinge zur Zwangsarbeit hinaus zogen, Märsche wenn die Kolonnen zurückkehrten mit den Leichen der Erschlagenen und Verhungerten.

Esther Bejarano lebt jetzt in Hamburg, oft wird sie gefragt, wie es ihr möglich war nach den schlimmen Erfahrungen mit deutschen Landsleuten hier wieder eine Heimat zu finden. Ihre Antwort: "Weil ich heute weiß, daß es auch damals ein anderes Deutschland gab. Menschen die gegen den Faschismus kämpften. Sie wurden meine Freunde."



# VVN-Bund der Antifaschisten

- Kreisorganisation Lüneburg -

Peter Asmussen  
Barckhausenstraße 26

2120 Lüneburg

22.8.1988

04131/ 48821

Herrn Hans-Ulrich Neuhaus, Auf dem Kauf 13, 2120 Lüneburg  
Herrn Karl J. Höffler, Mühlenkamp 7 a, 2120 Lüneburg  
An den Arbeitskreis Kirche in der SPD, c/o Herrn Franz Siegfried,  
Wilhelm-Reincke-Str. 9, 2120 Lüneburg

Betr.: Gedenkstein für NS- Opfer

Sehr geehrte Herren!

Seit einiger Zeit nun wird in verschiedenen Gremien des Rates der Stadt über Form, Inschrift und Standort eines Mahnmals zum Gedenken an die Lüneburger Nazi- Opfer diskutiert. Der derzeitige Sachstand ist Ihnen sicherlich bekannt.

Weil u.E. bei der derzeitigen Beschlußlage wichtige konzeptionelle Überlegungen unberücksichtigt geblieben sind, und weil es in dem Verfahren auch an der notwendigen Öffentlichkeit fehlte, haben wir - in Abstimmung mit dem Verwaltungsausschuß - die Initiative ergriffen und laden zu einer öffentlichen Veranstaltung ein.

Unter dem Titel "Gegen das Vergessen!" veranstalten wir am Freitag, d. 2. September um 19.00 Uhr im Kulturforum Gut Wienebüttel ein öffentliches Gespräch mit allen Beteiligten, Betroffenen und den politisch Verantwortlichen.

Im Anschluß an diese Informations- und Diskussionsrunde wird Esther Bejarano mit der Gruppe "Siebenschön" ein Kulturprogramm vorstellen.

Wir haben uns den Ablauf der Veranstaltung so vorgestellt, daß Sie - nach einer kurzen Einleitung durch den Veranstalter - ebenso wie die weiteren o.g. Personen zuzüglich eines Vertreters des Rates der Stadt das Wort erhalten, um in geeigneter, von Ihnen zu wählender, Form ihr Konzept/ Ihre Überlegungen vorstellen zu können.

Wir erhoffen uns von dieser Veranstaltung ein gemeinsames Gespräch all jener engagierter und interessierter Lüneburger/innen, die sich bislang recht unabhängig voneinander über diese Form der Verarbeitung der faschistischen Vergangenheit Gedanken gemacht haben und hoffen darüber hinaus auf Anstöße für Entscheidungen des Rates und seiner Gremien.

Wir verbleiben bis zum 2. September mit freundlichem Gruß



## Bewegende Lieder gegen das Vergessen

Sie hat das Inferno von Auschwitz überlebt, spielte Akkordeon im Mädchenorchester der Todesfabrik, begleitete Menschen bei der Ankunft und beim Gang in die Gaskammern. Das Grauen ließ Esther Bejarano nicht verstummen. Nach 1945, befreit aus den Klauen der Nazis, begann die Künstlerin an das Geschehene zu erinnern. „Gegen das Vergessen“ sind ihre Lieder gerichtet. Mahnungen an die Gegenwart, jetzt im Kulturforum Lüneburg auf Einladung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) von Bejarano und der Gruppe „Siebens Schön“ vorgetragen.

Esther Bejarano und das Hamburger Ensemble begnügen sich nicht mit Fingerzeigen auf das oft verdrängte Kapitel deutscher Geschichte. Natürlich werden in ihren Liedern und Balladen die Bilder aus den Ghettos von Wilna oder Warschau und den Konzentrationslagern wachgerüttelt, aber die Sängerin hat auch das Momentane im Visier. Ihr Programm schärft den Blick für ungesühnte Verbrechen und Täter, die durch das Netz der Rechtsprechung schlüpfen. Mehr noch: „Siebens Schön“ kritisiert etwa die aggressive Politik Israels und andere aktuelle Mißstände.

Ihre Musik ruft zur Solidarität auf. Das geschieht jedoch nicht mit billigen Agitprop-Mitteln. Esther Bejarano schätzt subtilere Methoden. Sie singt etwa die bittere Klage der verfolgten Sinti und Roma. Aus diesem Lied, in Auschwitz entstanden, schimmert nicht einmal mehr ein Funken Hoffnung. In jiddischen Balladen dagegen wird eine Spur Optimismus, sogar Humor, fast immer deutlich. Songs mit herber Poesie, die sich nach Frieden sehnen. Gelegentlich schlagen die Interpreten härtere Töne an, beispielsweise bei Brechts „Judenhure Marie Sanders“ oder Degenhards „Zündschnursong“. Ein Programm, das von den Unterdrückten erzählt und häufig beklommen macht. Kämpferisches, Zaghafte und Offensives, gesungene Mahnmaße, die niemanden ungerührt lassen.

Um Betroffenheit ging es auch in der ausgiebigen Diskussion über das geplante Denkmal für die Verfolgten der NS-Diktatur. Drei Entwürfe mit unterschiedlichen Ansätzen standen dabei im Mittelpunkt der kontroversen Erörterung. Schon bald soll sich laut Auskunft des Kulturausschußvorsitzenden Hansen entscheiden, ob der bewußt provozierende Betonwürfel Karl J. Höflers, die dreigliedrige Gruppierung (Umklammerung der Opfer durch entmenslichte Täter) von Neuhaus oder die dreieckige Säule als Vorschlag der VVN realisiert wird.

Keine Meinungsverschiedenheit gab es über den Standort: Das Objekt soll an markanter Stelle errichtet werden, um ein Stück furchtbarer Geschichte jedermann sichtbar zu machen. hjr

## LÜNEPOST

Donnerstag, 1. September 1988

### Jiddische Lieder

LÜNEBURG (ff). Esther Bejarano, eine der letzten Überlebenden des „Mädchenorchesters von Auschwitz“, gibt am morgigen Freitag, dem 2. September, ein Gastspiel. Sie singt mit der Gruppe „Siebens Schön“ ab 19 Uhr im „Kulturforum“ des Gutes Wienebüttel, Wienebütteler Weg in Lüneburg, unter anderem jiddische Lieder und Partisanenlieder.

(Foto: nh)



## LANDESZEITUNG

Freitag, 26. August 1988 · Nr. 199

### Denkmal für Nazi-Opfer

iz Lüneburg. Unter dem Motto „Gegen das Vergessen“ stellt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN) am 2. September die Entwürfe für das geplante Denkmal für die Lüneburger Nazi-Opfer vor. Die öffentliche Veranstaltung, die der VVN mit dem Verwaltungsausschuß des Lüneburger Stadtrats abgestimmt hat, findet im Kulturforum Gut Wienebüttel statt. Beginn: 19 Uhr.

Mittwoch, 31. August 1988 · Nr. 203

### Liederabend mit Esther Bejarano

nc Lüneburg. Eine der letzten Überlebenden des „Mädchenorchesters“ im Konzentrationslager Auschwitz, Esther Bejarano, gibt am Freitag, 2. September, ein Gastspiel in Lüneburg.

Sie singt mit der Gruppe Siebens Schön von 19 Uhr an im Kulturforum auf Gut Wienebüttel alte jiddische Lieder, Lieder der deutschen Arbeiterbewegung, der Partisanen und aus dem Widerstand. Anlaß für das Konzert ist die öffentliche Gesprächsrunde zu dem geplanten Mahnmal für Lüneburger Opfer der Nazi-Herrschaft, zu der (wie berichtet) der VVN — Bund der Antifaschisten eingeladen hat.

# Karl J. Höffler „ „MALER „

33

Lüneburg, den 19.4. 1988

Werte Damen/Herren,

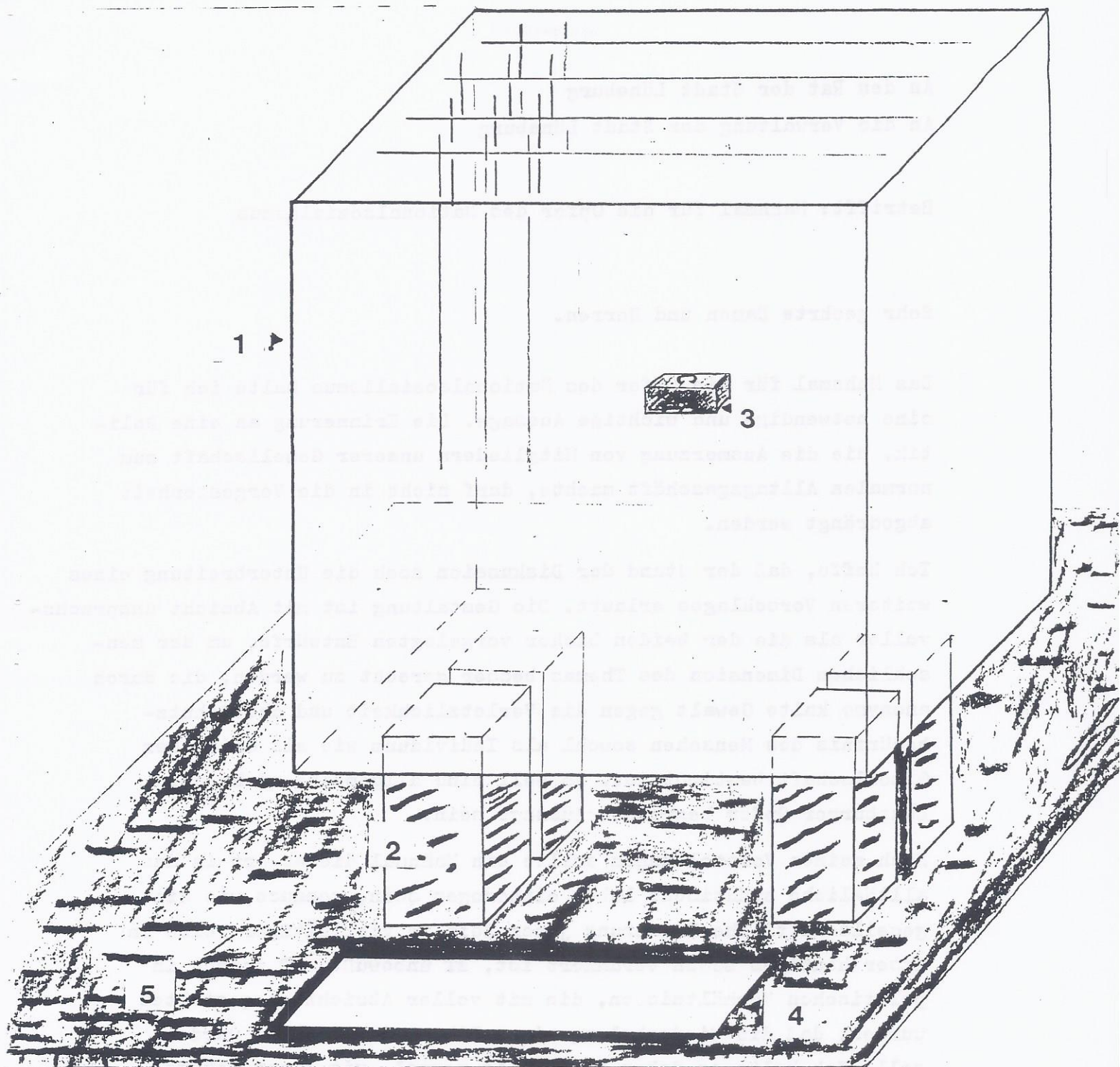
als an den kulturellen und politischen Angelegenheiten unserer Stadt Interessierten übersende ich ihnen heute meinen Vorschlag für ein Mahnmal zum Gedenken der Opfer der Gewaltherrschaft des III.Reiches.

Dankenswerter Weise ist die Diskussion über die Verwirklichung des Ratsbeschlusses vom 24.4.86 wieder in Gang gekommen. Hier einige Erläuterungen zu meinem Vorschlag.

Das Denk-mal geht davon aus das Kunst zu allererst ein soziales Erinnern und Vergewissern sein sollte, bewußt wird eine Vieldimensionalität des Denk-mals angestrebt. Der soziale und künstlerische Ansatz von J.Beuys wird dabei herangezogen.

- Der Betonwürfel von 150cm Länge ist ein kantiger Stein des Anstoßes
- Die Stahlfüße aus Schmiedestahl halten das enorme Gewicht in der Schwebe
- Die Namen dreier unverurteilter Kriegsverbrecher werden von meterdickem Beton umhüllt unzugänglich aufbewahrt Die Täter werden im engen Zusammenhang mit dem Gedenken der Opfer verwahrt.  
Bloße Friedhofsstimmung (pietätvoller Findling mit Bronzeplatte) wird bewußt vermieden
- Die Tafel im Gedächtnisbezirk tradiert Erinnern und Information
- Die Backsteine aus Lüneburger Abbruchhäusern sind das Fundament über dem sich der Gedenkwürfel erhebt, sie bilden einen Gedenkbezirk. Der lokale Bezug wird deutlich.

ich hoffe das dieser Vorschlag ihre  
Unterstützung findet



- 1 BETONWÜRFEL STAHLBETON KANTENLÄNGE 150CM
- 2 STAHLFÜßE SCHMIEDESTAHL Kantenlänge 25cm,  
BODENFREIHEIT 50CM
- 3 STAHLKASSETTE ; VON BETON UMSCHLOSSEN, ENTHÄLT \*  
DIE NAMEN DREIER UNVERURTEILTER KRIEGSVERBRECHER
- 4 BRONZEPLATTE
- 5 Backsteine aus Lüneburger Abbruchhäusern bilden  
einen GEDÄCHTNISBEZIRK 2m x 2m \*

*Karl J. Höffler*  
88

\* Die Namen sind auf einer Silberplatte graviert  
und nur dem Künstler bekannt, die Stahlkassett  
wird unter strengster Anonymität eingebaut

An den Rat der Stadt Lüneburg  
An die Verwaltung der Stadt Lüneburg

Betrifft: Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus

Sehr geehrte Damen und Herren.

Das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus halte ich für eine notwendige und wichtige Aussage. Die Erinnerung an eine Politik, die die Ausmerzungen von Mitgliedern unserer Gesellschaft zum normalen Alltagsgeschäft machte, darf nicht in die Vergessenheit abgedrängt werden.

Ich hoffe, daß der Stand der Diskussion noch die Unterbreitung eines weiteren Vorschlages erlaubt. Die Gestaltung ist mit Absicht anspruchsvoller als die der beiden bisher vorgelegten Entwürfe, um der menschlichen Dimension des Themas besser gerecht zu werden, die durch anonyme kalte Gewalt gegen die Verletzlichkeit und das Schutzbedürfnis des Menschen sowohl als Individuum wie als Glied der Gesellschaft bestimmt ist. Es soll eine allgemeine nicht auf Lünburger Opfer begrenzte Aussage sein.

Nach meinen Vorstellungen sollte ein Mahnmal dieser Art in das alltägliche städtische Leben einbezogen sein, genauso wie die gesellschaftliche Erfahrung jener Zeit in vielfältiger Weise in unser heutiges Leben verankert ist, oft unbewußt, oft jedoch in politischen Verhältnissen, die mit voller Absicht so gestaltet wurden, daß die Wiederholung einer Diktatur verhindert werden soll. Ich halte es daher für völlig normal, mit einem Mahnmal sich dazu zu bekennen, daß unsere auf Toleranz gegründete gesellschaftliche Freiheit in Grunde täglich neu zu erkämpfen ist.

Einen möglichen Standort sehe ich in der Nähe des Rathauses. Hier ist die von Bebauung freie Ecke, die vom Ochsenmarkt und der Reitenden Diener Straße gebildet wird, nach meiner Meinung für ein Mahnmal geeignet.

Mit freundlichen Grüßen

*Hans Ulrich Neuhaus*



# STADT LÜNEBURG

Dr. Oesterdtchke

Stadt Lüneburg, Lüneburger Platz 1, 2130 Lüneburg

Herrn

Lehrer Ammann

Marktplatz 23

2130 Lüneburg

Ich danke Sie sehr

11.09.51

Einladung zur Kunstausstellung

Sehr geehrter Herr Ammann

Ich habe die Ehre Sie zu

erzählen zu dürfen

Die Ausstellung wird am

Montag den 11. September

1951 im Saal des

Stadtschulhauses

abgehalten werden

Die Ausstellung wird

von 10 bis 18 Uhr

abgehalten werden

Ich freue mich sehr

über Ihren Besuch

und hoffe Sie werden

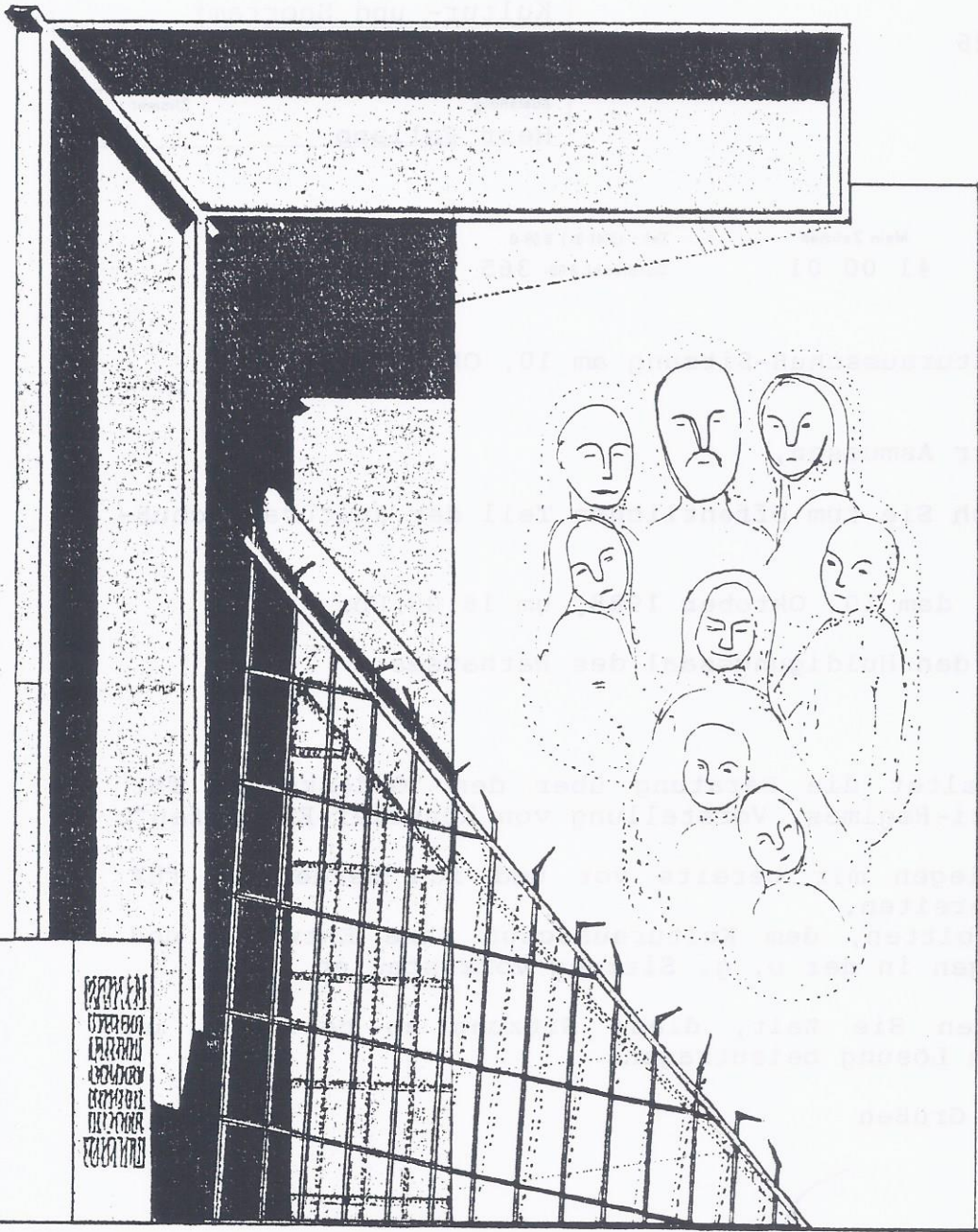
einige interessante

Ergebnisse zu sehen

Ich verbleibe mit

sehr freundlichen

Grüßen



STADT LÜNEBURG  
KUNSTHAUS  
MARKTPLATZ 23  
2130 LÜNEBURG

ERDE, KÖRNEREIGENEN MIT FLATTEN, HELLER SAND- ODER WALKSTEIN, DUNKELGRAU GES

## STADT LÜNEBURG

Der Oberstadtdirektor

Stadt Lüneburg · Postfach 25 40 · 2120 Lüneburg



Herrn  
 Peter Asmussen  
 Barckhausenstr. 26  
  
 2120 Lüneburg

Amt	
Kultur- und Sportamt	
Gebäude	
Egersdorffstr. 1a	
Zuständig	Zimmer
Herr Fallapp	

Ihr Schreiben vom, Ihr Zeichen

Mein Zeichen

Tel.: (0 41 31) 3 09-0

Datum

41 00 01

Durchwahl 309- 365

26.09.88

Einladung zur Kulturausschuß-Sitzung am 10. Oktober 1988

Sehr geehrter Herr Asmussen,

hiermit möchte ich Sie zum öffentlichen Teil der Kulturausschuß-  
 sitzung am

Montag, dem 10. Oktober 1988, um 16.00 Uhr,

in den Huldigungssaal des Rathauses

einladen.

Der TOP 4 beinhaltet die Beratung über den "Gedenkstein für  
 die Opfer des Nazi-Regimes, Vorstellung von Künstler-Entwürfen".

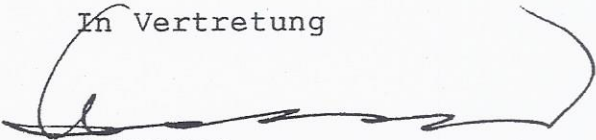
Ihre Entwürfe liegen mir bereits vor und ich werde sie für  
 die Sitzung vorbereiten.

Ich möchte Sie bitten, dem Kulturausschuß Ihre Entwürfe und  
 Kostenvorstellungen in der o. g. Sitzung vorzustellen.

Hoffentlich finden Sie Zeit, diese Sitzung zu besuchen, um  
 so zu einer guten Lösung beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

  
 Schumann  
 Stadtdirektor

TOP 4: Gedenkstein für die Opfer des Nazi-Regimes  
 - Vorstellung von Künstler-Entwürfen -

Als erstes stellt Frau Marianne BRAUCKS den Vorschlag der VVN - Bund der Antifaschisten - vor. Hierbei handelt es sich um das Ergebnis eines Ideenwettbewerbes aus Emden, wo eine entsprechende Skulptur aufgestellt wurde. Die Wahl des gleichseitigen Dreieckes in Säulenform wurde daher gewählt, weil sich der Erkennungswinkel aller KZ-Insassen an dieser Skulptur widerspiegeln, zum anderen die Möglichkeit bietet, auf drei Seiten eine textliche Ausgestaltung vorzunehmen. Die Texte sollen auf Tafeln angebracht und in die Säule eingelassen werden. Der zunächst vorgeschlagene Text, ein Auszug aus der Rede des Bundespräsidenten, wird nunmehr verworfen, da er zu umfangreich ist. Nunmehr soll ein lyrischer Text von Bert Brecht verwendet werden, der als Anlage beigelegt ist. Die VVN sagt zu, die Quelle des Brecht-Zitates noch mitzuteilen.

Des Weiteren soll ein allgemeiner Text über die Verfolgung aufgenommen werden. Auf der 3. Seite wären Lüneburger Namen, z. B. Ratsherren stellvertretend für alle, zu erwähnen. Hierfür bedürfe es allerdings noch weiterer Nachforschung.

Als Standort wünscht sich die Vortragende einen zentraleren Standort, so daß auch Touristen darauf hingewiesen werden. Die Umgebung der Skulptur sollte eine Bepflasterung oder eine Steinplatte in Dreiecksform sein. Als Material kommt für die Skulptur Beton infrage, da dieser für die damalig Inhaftierten eine besondere Bedeutung hatte. Die Höhe soll ca. 2,20 m betragen, wobei der Text in Augenhöhe wiederzufinden ist. Zu den Kosten macht Frau BRAUCKS detaillierte Angaben, da ein ähnlicher Gedenkstein bereits andernorts vorhanden ist. Die Kosten für die Säule belaufen sich nach ihren Angaben auf 12.000 DM und die der Platten auf 8.000 DM.

Der zweite Vortragende, Herr Hans-Ulrich NEUHAUS, schlägt ebenfalls einen anderen Standort vor, da die Verfolgung in alle Bereiche des Lebens eingegriffen hatte und er somit eine unmittelbare Nachbarschaft in die Einbindung des Stadtgebietes sieht.

Der als Anlage beigelegte Entwurf zeigt auf, daß an der Skulptur ein kleinerer Stein angebracht werden soll, der die Verfolgtengruppen aufführt. Dies ist für den Vortragenden insofern wichtig, da es gerade Aufgabe des Staates sei, den Schwachen zu helfen.

...

Bei der Ausgestaltung stelle das Stahlgebilde den aggressiven Charakter der Handelnden dar. Darunter befindet sich ein Sandsteingebilde, das das bedrohte Leben symbolisiere. Hierbei werde nicht die Leidenssituation dargestellt, sondern der Druck auf Menschen, die in der Fülle des Lebens sich einer intakten Welt erfreuten. Das lanzenähnliche Gebilde stelle den Tötungswillen und das Gitter die Gefangensetzung dar. Die Skulptur solle zum Nachdenken anregen und den Machtmißbrauch vor Augen führen. Hierbei solle nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart angesprochen sein.

Nach Anfrage des Vorsitzenden bedarf der Text einer redaktionellen Überarbeitung. Das Erstellen könne über Lüneburger Handwerker erfolgen. Die Ausgestaltung des Sandsteingebildes obläge der Verantwortung von Herrn NEUHAUS, der sich selbst als Architekt mit künstlerischen Neigungen bezeichnet. Die Kosten sollen sich auf 25.000 - 30.000 DM belaufen.

Danach wird von Herrn Karl HÖFFLER ein Vorschlag vorgestellt. Hierbei handelt es sich um einen Kubus aus Beton, der auf Stahlfüßen aufgestellt werden soll. Davor soll eine Edelstahlplatte in den Untergrund eingelassen werden, der aus verfugten Backsteinen Lüneburger Abrißhäuser hergestellt ist. Auf der Tafel sollen Texte zur Erinnerung und Information aufgenommen werden. In den Betonkubus soll eine Stahlcassette eingeschlossen sein, die die Namen von drei unverurteilten anonymen Kriegsverbrechern enthalten solle. Die Kosten für diese Skulptur seien von einer Lüneburger Fachfirma ermittelt und beliefen sich auf 35.000 DM.

Auf die Frage von Ratsherrn SCHIFFNER zur Standortwahl antwortet Herr HÖFFLER, daß der vorgegebene Standort "Lindenstraße" zwar geeignet, aber eine zentralere Lage in der "Bäcker- oder Grapengießerstraße" sinnvoller sei.

Nach der Interpretation des Entwerfers handelt es sich hierbei um eine "lebende Skulptur", da sie sich ständigen Veränderungen unterwirft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie beschmiert oder beklebt werde. Die geplanten Materialien gewährleisten, daß sie pflegeleicht seien.

Nach dieser Vorstellung bittet der Vorsitzende die als Anlage beigefügte Dokumentation "KREUZBERGER ANTI-FASCHISTISCHES GEDENKTAFEL PROGRAMM 1985 - 1987" dem Protokoll beizufügen.

Oberstadtdirektor FAULHABER dankt den drei Vortragenden und bittet die Ausschußmitglieder, diese drei Darstellungen in den Fraktionen zu diskutieren und das Ergebnis dem VA zu geben.



---

Kulturausschußsitzung vom 10.10.88

---

Dabei sei an dem Termin, 8. Mai 1989, festzuhalten. Es sei zu diskutieren, ob von dem bestehenden Beschluß (Standortwahl, Textfestlegung), abzuweichen sei. Ferner sind die Kosten im Zuge der Haushaltsberatung zu erörtern und eine Entscheidung zu finden, damit das Ergebnis in den Finanzausschuß gegeben werden kann.

Auf Wunsch werden die Adressen der Entwerfenden zu Protokoll genommen, damit die Fraktionen die Möglichkeit haben, sich mit den Vortragenden in Verbindung zu setzen und die Etnwürfe anzuschauen.

Vorschlag 1: Frau  
Marianne Braucks  
über den VVN - Bund der Antifaschisten-  
Herrn  
Peter Asmussen  
Barckhausenstr. 26, 2120 Lüneburg,  
Tel.: 04131/48821

Vorschlag 2: Herr  
Hans-Ulrich Neuhaus  
Auf dem Kauf 13, 2120 Lüneburg

Vorschlag 3: Herr  
Karl Höffler  
Mühlenkamp 7 a, 2120 Lüneburg  
Tel.: 04131/54174.

Aus Zeitgründen und unter Berücksichtigung der weiteren anwesenden Vortragenden werden die TOP 8 und 9 vorgezogen.

---

Zur Erinnerung an die Nazi-Opfer:

## Ideen für Denkmal

In Lüneburg. Drei Vorschläge für einen Gedenkstein an die Opfer des Nationalsozialismus sind dem Kulturausschuß des Stadtrats jetzt aus Bürgerkreisen vorgestellt worden. Alle Entwerfer hätten ihre Vorschläge ohne Auftrag gemacht, erklärte Ausschuß-Vorsitzender Dirk Hansen (FDP).

Eine dreieckige, zwei Meter hohe Betonsäule wird von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) favorisiert. Inschrift: „Also seid ihr verschwunden, aber nicht vergessen, niedergeknüppelt, aber nicht widerlegt, zusammen mit allen unverbesserbar Weiterkämpfenden, unbelehrbar, auf der Wahrheit beharrend, uns Mahnung und Beispiel.“ Marianne Braucks vom VVN: Der dreieckige Grundriß der Säule weise auf die Aufnäher hin, mit denen die Nationalsozialisten KZ-Häftlinge kennzeichneten. Ein solches Denkmal koste etwa 20 000 Mark.

Auf die Bedrohung der gesamten damaligen Bevölkerung durch den Nationalsozialismus müsse das geplante Denkmal eingehen, erklärte der Lüneburger Architekt Hans-Ulrich Neuhaus zu seinem Entwurf. Anhand eines Modells erläuterte er: Eine rechtwinklige Stahlkonstruktion und ein „lanzenförmiges Gebilde“ verdeutliche die Aggression der Nazis. Ein Quader aus Sandstein mit eingemeißelten Reliefs von Menschenkörpern zeige die Bedro-

hung der Gesellschaft. Kosten: 25 000 Mark. Er selbst, so Neuhaus, wolle die gestalterische Arbeit übernehmen.

Der Lüneburger Karl Höffler, von Hansen als Künstler vorgestellt, erklärte seinen Entwurf anhand von Zeichnungen: Ein Beton-Würfel mit 1,50 Meter Kantenlänge sei möglichst in der Fußgängerzone aufzustellen, als „Stein des Anstoßes“. Höchstpönlich, so Höffler, werde er eine Kasette in den Klotz einmauern. Inhalt: Eine Silberplatte, in die er die Namen dreier „nicht verurteilter Kriegsverbrecher“ eingravieren werde. Die Namen würde außer ihm niemand erfahren, er werde die Anonymität „wie ein Arztgeheimnis“ wahren, beteuerte Höffler. Preis des Denkmals: 35 000 Mark „ohne Mehrwertsteuer“.

Zuvor hatte Hansen das Ergebnis der bisherigen Beratungen im Rat in Sachen Mahnmal zusammengefaßt: Aufgestellt werden solle es laut Beschluß des Verwaltungsausschusses an der Lindenstraße — gegenüber dem Grundstück der ehemaligen MTV-Halle, wo nach 1945 Kriegsverbrechern der Prozeß gemacht wurde. Beschlossen sei auch die Inschrift: „Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 bis 1945.“

Im Rat müsse nun beraten werden, ob von dem vorliegenden Beschluß abgewichen werden solle, erklärte Oberstadtdirektor Reiner Faulhaber.



# Gegen das Vergessen

Kommt endlich in's Rollen:  
Der 'Stein des Anstoßes'

Das längst fällige Mahnmahl für Lüneburger Opfer des Nationalsozialismus nimmt in der Planung langsam Gestalt an: Auf einer Veranstaltung des hiesigen VVN-Bundes der Antifaschisten im Kulturforum Gut Wienebüttel war zwei Künstlern und den Lüneburger Antifaschisten selbst Gelegenheit gegeben, ihre Entwürfe vorzustellen und danach jeweils mit dem Publikum zu diskutieren. Ganz unterschiedliche konzeptionelle Ansätze kamen dabei (auch optisch) zur Sprache:

Höffler will das möglichst im innerstädtischen Fußgängerbereich aufzuellende Mahnmahl als »Stein des gemeinsamen Anstoßes« verstanden wis-

sen. In einem zwei Meter hohen zu behauenen Rohling von Stein (oder Metall?) soll eine Stahlkassette eingelassen sein mit den Namen mehrerer bisher unbescholten davon gekommener ehemaliger Nazi-Größen. Eine beschriftete Tafel soll den Hinweis darüber geben.

Hans Ulrich, Architekt am Ort, will Täter und Opfer in einem Mahnmahl zusammenfassen; dieses allerdings deutlich machen durch Verwendung verschiedener Holzmaterialien. Einen Entwurf aus dem Publikum, von Ester Bejarano nämlich, selbst KZ-Insassin, daß sie dieses optisch dargestellte Ineinanderssein von Täter und Opfer als unmöglich empfindet, konnte Hans Ulrich in der

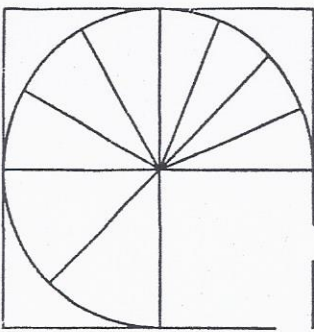
Diskussion darüber durchaus nachvollziehen. Er verstehe sich, so eine Replik, in dieser Problematik jedoch als Nachgeborener, dem es unmöglich sei, so unmittelbar Symbolhaft-realistisch jüngste Geschichte nachzustellen, wie in konventionell üblichen Mahnmahlen etwa der Fall.

Der VVN-Bund Lüneburg schließlich stellte dann just so einen traditionellen Entwurf vor: ein schlichter hoher, dreieckig zugespitzter Stein, das Symbol der Nazi-Verfolgten, und darauf eine Tafel in Sichthöhe mit Worten als Auszug einer Rede Richard von Weizäckers. In dieser Rede waren vom Bundespräsidenten alle Opfer des Nazi-regimes angesprochen; zu Schluß allerdings auch die eigenen Wehrmachtssoldaten. Letzteres war Kritikpunkt in der Diskussion. Ebenfalls wurde dabei als nicht unumstritten gesehen die Person von Weizäckers, der es schließlich fertiggebracht habe, Alt-Nazis mit dem Großen Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen.

Musikalisch umrahmt wurde die VVN-Veranstaltung von der Gruppe »Siebensöhne« mit Ester Bejarano, die Lieder aus dem Widerstand wirkungsvoll darbrachten.

Am 10. Oktober um 16.00 Uhr (wo, kann dann der LZ entnommen werden) wird der städtische Kulturausschuß über die drei verschiedenen Entwürfe beraten. — Dann endlich (hoffentlich bald!) das Aufstellen eines Gedenksteines für die hiesigen NS-Opfer des Nazi-Regimes in eine realistische Phase kommt.

Harro Kelber



## KUNSTVEREIN LÜNEBURG

Lüneburg, den 21.10.88 s-ba

Stadt Lüneburg  
- Kulturausschuß -

2120 Lüneburg

Drei Entwürfe für "Mahnmahl für die Opfer des Nationalsozialismus"

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir beziehen uns auf die Sitzung des Kulturausschusses am 10.10.88.

Ein Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus ist äußerst wichtig und sollte auch in Lüneburg erstellt werden. Nur mit einem überzeugend gestalteten Denkmal kann dem gegebenen Anlaß entsprochen werden. Leider entsprechen die bisher vorgestellten Entwürfe nicht den Anforderungen, denen ein solches Denkmal gerecht werden müßte:

1) Entwurf des VVN

Auf den Seiten der schräggekappten Betonsäule sollen Metallplatten angebracht werden. Auf einer Metallplatte soll ein Gedicht von Brecht wiedergegeben werden. Die anderen Metallplatten sollen die Namen von Opfern wiedergeben. Die Metallplatten stellen den Schwachpunkt dieses Entwurfes dar. Sie werden lediglich angeheftet, ohne überzeugend in eine Gesamtlösung integriert zu werden. Das vom VVN vorgeschlagene Denkmal ist für den vorgesehenen Standort etwas klein. Eine Vergrößerung wäre unbefriedigend, weil dann überdeutlich würde, daß dieser Entwurf kaum gestaltet ist. Wir vermissen die Eindeutigkeit einer Absichtsbekundung in gestalte-

ter Form. Gleichwohl wollen wir an dieser Stelle nicht verhehlen, dieser Entwurf ist von den bisher zur Debatte stehenden Entwürfen noch der Beste.

## 2) Entwurf von Herrn Architekten Neuhaus

Eine aufwendige Materialmontage: Zu viele sinnbefrachtete Einzelkomponenten in dazu noch unterschiedlichen Materialien werden unzusammenhängend addiert. Der Entwurf kommt nicht zu einer vereinfachenden und vereinheitlichenden Zusammenfassung, die in ihrer künstlerischen Verdichtung überzeugt, und wirkt dementsprechend unübersichtlich. Daß das alles nicht zusammengeht, wird noch deutlicher, wenn, wie von Herrn Neuhaus vorgeschlagen, ein gegenständliches Relief angebracht wird, mit dem das tägliche Leben symbolisiert werden soll. Die Komponenten des Entwurfes sind überfrachtet mit inhaltlichen Bezügen, die in keiner Weise verbindlich sind. Ein Betrachter kann sich alles Mögliche bei den verschiedenen Bestandteilen denken. Wie von Herrn Neuhaus gerade die einzelnen Teile seines Entwurfes mit Bedeutung versehen werden, macht klar, daß er nicht zu einer einheitlichen Gesamtgestaltung gekommen ist. Die Bestandteile sind Sinnträger, aber nicht das Ganze.

## 3) Entwurf von Herrn Höffler

Dieser Entwurf enthält keine plausiblen Bezüge zum gegebenen Anlaß, wenn man einmal absieht von der Platte, die die Funktion des Denkmals erläutern soll. Wenn diese Platte nicht da wäre, würde kein Mensch bei einer solchen Skulptur auf die Idee kommen, daß sie ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus darstellt.

Obwohl die bisher eingebrachten Entwürfe unzureichend sind, sollten die Bemühungen unbedingt fortgesetzt werden, in Lüneburg ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus zu realisieren. U.E. müßten jedoch andere Wege beschritten werden, um zu überzeugenden Lösungen zu kommen.

Es sollte ein ordnungsgemäßes Ausschreibungsverfahren erfolgen. Dieses

konnte z.B. auf Niedersachsen beschränkt werden. Die dann zu erwartenden Entwürfe müßten einer sachverständigen Jurierung zugeführt werden. Gerade wegen des so schwerwiegenden Inhaltes müßten die sich bisher anbietenden Schnell- und Billiglösungen verworfen werden. Solche Ausschreibungen sind allgemein üblich. Natürlich wären wir bereit zu helfen. Wir sind uns darüber im klaren, daß die von der Stadt bisher zur Verfügung gestellten Mittel auch nicht annähernd ausreichen für ein Denkmal, wie es dem Anlaß entspricht. Allerdings vermögen wir auch nicht einzusehen, warum ein Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus nur eine Angelegenheit der öffentlichen Hand und nicht auch der Bevölkerung sein sollte. Deshalb halten wir es für richtig, daß zusätzlich durchgeführt wird eine Spendenaktion, um die Mittel für ein solches Denkmal aufzubringen. An einer solchen Spendenaktion würden wir uns aktiv beteiligen. Ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus würde noch erhebliche größere Bedeutung erlangen, wenn es auf diese Weise finanziert würde, nämlich durch die Bevölkerung der Stadt, in der es aufgestellt wird.

mit freundlichem Gruß



(2. Vorsitzender)

## STADT LÜNEBURG

Der Oberstadtdirektor

Stadt Lüneburg · Postfach 25 40 · 2120 Lüneburg



2120 Lüneburg

Amt	
Kultur-und Sportamt	
Gebäude	
Egersdorffstr.1a	
Zuständig	Zimmer
Herr Fallapp	

Ihr Schreiben vom, Ihr Zeichen

Mein Zeichen

Tel.: (041 31) 3 09-0

Datum

41-Fa/Kü

Durchwahl 309-365

19.01.1989

Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus

Sehr geehrter

als Anlage überreiche ich die Niederschrift über die interfraktionelle Beratung zur Aufstellung eines Mahnmals für die Opfer des Nazi-Regimes.

In der VA-Sitzung am 17.01.1989 hat Stadtdirektor Schumann zu diesem Thema vorgetragen. Der VA konnte sich noch keine einhellige Meinung bilden. Zu diesem Thema soll in der nächsten VA-Sitzung erneut mit entsprechender Verwaltungsvorlage vorgetragen werden. Dennoch haben die Mitglieder des VA beschlossen, kurzfristig die von Ihnen vorgesehene Veröffentlichung aller vier Entwürfe vorzunehmen. Der städtische Pressereferent wird unverzüglich hierum gebeten.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

Fallapp

Anlage

## N i e d e r s c h r i f t

über die interfraktionelle Beratung zur Aufstellung eines Mahnmales für die Opfer des Nazi-Regimes am Dienstag, dem 20.12.88, 17.00 Uhr, und am Freitag, dem 14.01.89, 18.00 Uhr, jeweils in der Sodmeisterkörkammer des Rathauses

---

Teilnehmer:

Ratsfrau Brück  
Ratsherr Hansen  
Beigeordneter Rieckmann  
Ratsherr Ziegert  
StAR Fallapp

Der Verwaltungsausschuß hat in seiner Sitzung am 06.12.88 sich darauf verständigt, daß in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe das weitere Verfahren zur Aufstellung des Mahnmales abgestimmt werden soll.

In der Diskussion standen zunächst die in der Kulturausschuß-Sitzung am 10.10.88 eingereichten Vorschläge der Entwürfe der VVN, des Herrn Höffler und des Herrn Neuhaus.

Die Gesprächsteilnehmer haben in der ersten Sitzung keine einheitliche Meinung für einen der eingereichten Entwürfe gebildet. Der Kunstverein, der ebenfalls zur Stellungnahme aufgefordert wurde, kam ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die bisher vorgestellten Entwürfe nicht den Anforderungen, denen ein solches Denkmal gerecht werden sollte, entsprechen.

Es wurde in Erwägung gezogen zu prüfen, ob die Mauer mit den 3 Pfeilern, die zum Eingang des Telschowbunkers in der Schießgrabenstraße führte, als Mahnmal an den vorgesehenen Standort in der Lindenstraße vor dem Hauptzollamt umgesetzt werden kann. Ein Grafiker sollte kurzfristig damit beauftragt werden, die umzusetzende Mauer an den neuen Standort so realistisch wie möglich darzustellen.

...



Der vorgenannte Teilnehmerkreis hat sich am 14.01.89 erneut zu einer Gesprächsrunde getroffen, um über die Umsetzung des nunmehr vorgesehenen Mahnmales (Telschowbunker) zu beraten. Den vorgelegten Umsetzungs-Entwurf haben alle Beteiligten voll akzeptiert. Es wurde festgelegt, daß der zur Zeit verschüttete Bunkerabgang am neuen Standort zumindest angedeutet werden soll.

Ebenso bestand einhellige Meinung, um diese Mahnmaile keine Blumenrabatten anzulegen.

Über die anzubringende Erklärungstafel wird der Kulturausschuß nochmals eingehend beraten. Die vorgesehenen Namen der Lüneburger Opfer werden ebenfalls einen Platz finden.

Über die Ausgestaltung dieser Erklärungstafeln soll mit dem Steinmetzmeister, Herrn Dörries, ein Gespräch geführt werden.

Es soll vorgesehen werden, daß die Umsetzung bis zum 8. Mai 1989 vollzogen ist.

Die in der Kulturausschuß-Sitzung am 10.10.88 vorgesehene öffentliche Beteiligung soll vom städt. Pressereferenten für alle vorliegenden 4 Entwürfe dargelegt werden. Entsprechende Pressehinweise sowie die Ausstellung der Entwürfe in der Rathausdiele ab 9. Februar 1989 sollen bekanntgegeben werden.

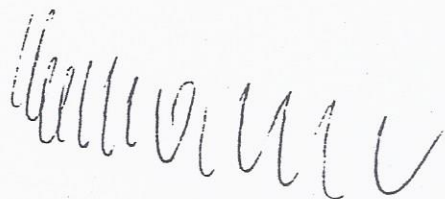
Wegen der Eilbedürftigkeit zum Fertigstellungstermin halten die Beteiligten es für angezeigt, über ein endgültiges Ergebnis in der Ratssitzung am 23. Februar 1989 zu beschließen.

In der Gesprächsrunde wurde an die Verwaltung der Auftrag erteilt, Kosten für die Umsetzung kurzfristig zu ermitteln.

Das Bauamt hat überschläglich die Kosten wie folgt ermittelt:

- Bei Neubaufbau ohne Abbruch der Anlage 24.000,-- DM,
- bei Abbruch der Anlage und Wiederaufbau ca. 30.000,-- DM.

Lüneburg, den 16. Januar 1989



Fallapp

Betr.: Lüneburger Mahnmahl für NS-Opfer

Die vom Verwaltungsausschuß beauftragte interfraktionelle Kommission hat einen zusätzlichen Vorschlag gemacht, um die bisher festgefahrene Diskussion wieder in Gang zu bringen. Der Vorschlag beruht auf folgenden Überlegungen:

"Translozierung" des aufgehenden Mauerwerks  
am ehemaligen Luftschutzbunker der ehemaligen Gauleiter-Villa  
(gen. Telschow-Bunker) in der Schießgrabenstraße:

- Zentralität: Die bestehende Anlage ist als Mahnstätte ungeeignet. abgelegen und verkehrstechnisch schwer zugänglich. Das Mahnmahl sollte aus sachlichen wie politischen Gründen zentral gelegen sein.

- Historizität: Andernorts werden historische Stätten nationalsozialistischen Wütens und originale Reste museal oder dokumentierend genutzt, um das Mahnen auch künftigen Generationen eindringlich und deutlich zu machen (z.B. Auschwitz, Plötzensee, Neuengamme, Keller der Hamburger Schule Bullenhusen Damm).

Der Lüneburger Teil eines Bauwerks aus der NS-Zeit würde durch Abriß und Wiederaufbau an anderer Stelle zerstört und verfremdet; er würde zugleich erneuert als ständige, aber nur noch quasi-originale Erinnerung an die Zeit des Schreckens. Die Steine wären authentisch und doch als "Steine des Anstoßes" durch neuerliches Zusammenfügen in einen vom Ursprungsort getrennten, neuen Zusammenhang gestellt. Die Gegenwart erinnert Vergangenheit und mahnt die Kommenden, ohne falschen "Wallfahrern" oder ewig Gestrigen eine Chance hier zu lassen.

- Lokaler Bezug: Ein Mahnmahl für die Opfer des Nationalsozialismus in Lüneburg sollte nicht nur allgemein und überörtlich verstanden werden, sondern auch Bezüge zur Stadt Lüneburg selber in den Jahren 1933 - 1945 herstellen können. Nicht die abstrakte, künstlerische Symbolik, sondern die geschichtliche, reale, faßbare Materie könnte diesen Bezug her- und darstellen.

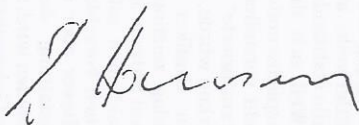
- "Symbolische Anschaulichkeit": Das - translozierte - Mauerwerk birgt in seiner Form des Halbrunds den Charakter einer Mahnstätte. Der beim Wiederaufbau darzustellende Kellerniedergang hätte über die Konkretheit hinaus symbolische Bedeutung für die Jahre des Terrors.

- Anmerkung:

Das an die Kreuzung Lindenstraße/ Rote Straße / Barckhausenstraße versetzte Mauerwerk würde den lokalen Bezug verstärken, da es gegenüber der einstigen, heute abgerissenen MTV-Halle stünde, in der der erste NS-Kriegsverbrecherprozeß (Ber-gen-Belsen-Prozeß) im Herbst 1945 stattfand.

Das im Halbrund angeordnete Mauerwerk hätte - ohne Überfrachtung ! - ausreichend Platz für Texttafeln und böte Gelegenheit, an Gedenktagen sich zu versammeln, um Opfer zu ehren und Geschichte zu erinnern.

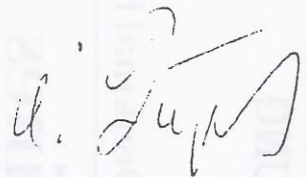
(D. Hansen)



(G. Brück)

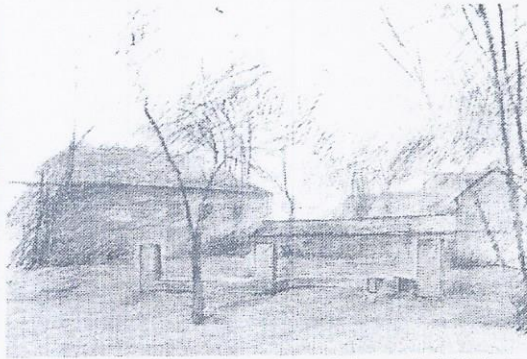
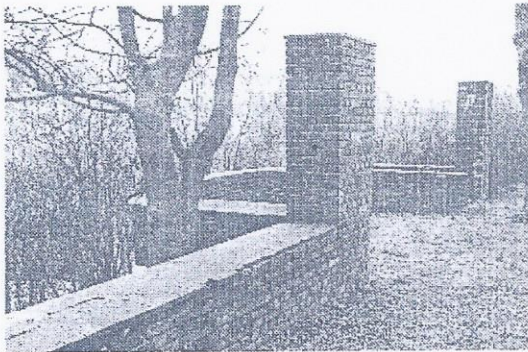
(H.-H. Rieckmann)

(u. Zieget)



Seit fast drei Jahren wird über ein Denkmal für die Nazi-Opfer diskutiert – neuer Vorschlag:

# „Translozieren“ eines Bunkerportals



Der Eingang zum Bunker der ehemaligen NSDAP-Gauleiter-Villa an der Schießgrabenstraße (links). Auf Vorschlag von Kulturausschuß-Mitgliedern könnte das Portal als Denkmal für die Nazi-Opfer neben das Arbeitsamt an die Lindenstraße versetzt werden. Wie das wirken würde, zeigt die Zeichnung.

hdr Lüneburg. Wie kann den Lüneburger Opfern des nationalsozialistischen Terrors ein würdiges Denkmal gesetzt werden? Darum ging es in vertraulicher Runde. Vertreter der vier Fraktionen des Stadtrats zerbrachen sich die Köpfe, um diesen Dauerstreit endlich beizulegen.

Dabei kam ein neuer Vorschlag auf den Tisch. Der gemauerte Eingang zum Bunker der ehemaligen NSDAP-Gauleiter-Villa könnte von der Schießgrabenstraße neben das Arbeitsamt an die Lindenstraße versetzt und zum Denkmal umfunktioniert werden.

Seit März 1986, seit fast drei Jahren also, wird in den Ratsgremien auf SPD-Antrag über die Denkmal-Frage debattiert. Zwar gibt es zahlreiche Vorschläge für die Gestaltung einer solchen Stätte. Doch einigen konnten sich die Lokalpolitiker nach langem Hin und Her nur auf den Standort Lindenstraße und die Inschrift: „Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 bis 1945.“

Die Ratsfraktionen beauftragten laut Stadtverwaltung einen Zirkel aus vier Mitgliedern des Kulturausschusses unter Vorsitz von Dirk Hansen (FDP), das gestalterische Problem zu lösen. Zwischen Weihnachten und Neujahr traf sich die Viererrunde. Ergebnis: Der Eingang zum Bunker des ehemaligen Lüneburger NSDAP-Gauleiters, Otto Telschow, könnte an die Lindenstraße „transloziert“ werden. In der Fachsprache der Denkmalspflege ist damit schlicht das Versetzen eines Gegenstandes an einen anderen Ort gemeint.

Durchs „Translozieren“ des Bunker-Eingangs neben das Arbeitsamt, so wurde in dem Gespräch erörtert, werde das nationalsozialistische Bauwerk künstlerisch verfreundet. An den drei wuchtigen Säulen des NS-Mauerwerks könnten Tafeln angeschraubt werden, deren Inschriften an die Opfer des Nazi-Terrors erinnern. Der Standort vorm Arbeitsamt würde auf die Kriegsver-

brecher-Prozesse hinweisen, die schräg gegenüber nach 1945 in der mittlerweile abgerissenen MTV-Halle stattfanden.

Weil sich die Teilnehmer der Gesprächsrunde offenbar nicht so recht vorstellen konnten, wie der „translozierte“ Bunker-Eingang wirken würde, beauftragten sie einen Grafiker damit, den Vorschlag zeichnerisch umzusetzen. Zwei Skizzen liegen jetzt vor. Die Fraktionen sollen nun über den neuen Vorschlag diskutieren.

Bevor aber endgültig über die Gestaltung des Denkmals entschieden wird, sollen die Lüneburger Gelegenheit haben, Zeichnungen und Modelle von vier Vorschlägen zu besichtigen, erklärt Oberstadtdirektor Reiner Faulhaber: Die Entwürfe werden vom kommenden Mittwoch, 25. Januar, an in der Ratsdiele des Rathauses ausgestellt. Neben den Zeichnungen vom versetzten Bunker-Eingang werden Modelle und Skizzen dreier Vorschläge gezeigt, die im Oktober 1988 (wie von

der LZ berichtet) aus Bürgerkreisen im Kulturausschuß gemacht wurden:

● Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) favorisiert eine dreieckige, zwei Meter hohe Betonsäule. Inschrift: „Also seid ihr verschwunden, aber nicht vergessen, niedergeknüppelt, aber nicht widerlegt, zusammen mit allen unverbesserbar Weiterkämpfenden, unbelehrbar, auf der Wahrheit beharrend, uns Mahnung und Beispiel.“ Ein anderer Text also, wie von den Ratsgremien beschlossen.

● Mit einem Sandstein-Quader mit eingemeißelten Menschenköpfen soll nach dem Vorschlag des Lüneburger Architekten Hans-Ulrich Neuhaus die durch den Nationalsozialismus bedrohte Gesellschaft verdeutlicht werden.

● Der Lüneburger Künstler Karl Höfler schlägt einen Beton-Würfel mit 1,50 Meter Kantenlänge als Denkmal vor. In den Klotz werde er eine Kassette einmauern. Inhalt: eine Silberplatte mit den ein-

LZ-Zwischenruf:

## Denk mal

Es scheint, als tue man es sich in Lüneburg mit der vielzitierten Vergangenheitsbewältigung besonders schwer. Wie sonst ist zu verstehen, daß nunmehr im dritten Jahr nach einstimmigem Ratsbeschuß immer noch keine Entscheidung darüber gefallen ist, wie das Denkmal für die NS-Opfer aussehen soll?

Was jetzt aber als Vorschlag dafür hinter verschlossenen Türen in einem interfraktionellen Gespräch von Ratsmitgliedern des Kulturausschusses ausgetübt wurde, könnte als Karnevalscherz verstanden werden – wenn der Vorschlag nicht so makaber wäre. Den Eingang zum ehemaligen NS-Gauleiter-Bunker zum Gedenkstein für die Opfer der Nazis umzufunktionieren und zu „translozieren“ – das kann doch wohl nicht wahr sein. Warum dann nicht gleich die vor einigen Tagen in einem Haus an der Neuen Sülze bei Entkernungsarbeiten eingemauert entdeckte Bronzestütze des Gröfaz (größten Führers aller Zeiten) als Denkmal für dessen Opfer?

Man sollte doch annehmen, daß es in Lüneburg nach 43 Jahren möglich ist, dem Andenken an die Opfer des Nazi-Terrors eine würdige Stätte zu widmen. „Denk mal nach“, sollte es aber vor dem Denkmal heißen. Die Opfer mußten sterben, wir leben. Zeigen wir uns dessen würdig.  
Werner Rausch

gravierten Namen dreier „nicht verurteilter Kriegsverbrecher“. Andere Vorschläge zu Gestaltung, Inschrift und Standort, die seit März 1986 erwogen wurden, sind bereits verworfen worden.

## Ideen für Denkmal gesucht

hr Lüneburg. Die nun schon drei Jahre währenden Bemühungen der Stadt Lüneburg, den Opfern des Nazi-Terrors ein würdiges Denkmal zu setzen, gehen in eine neue Runde: Für die Gestaltung des Denkmals plant die Stadt eine öffentliche Ausschreibung. Künstler aus dem Raum Lüneburg sollen daran teilnehmen, Entwürfe einreichen. Das hat der Verwaltungsausschuß des Rats beschlossen.

„Denkmal ja — aber alle vier Modelle sind abartig.“ Das ist die Meinung einer Lüneburgerin zu den bisherigen Entwürfen für ein

Denkmal. Sie hat den Satz in das Heft geschrieben, das die Stadt zu den im Rathaus ausgestellten Zeichnungen und Modellen gelegt hat. Dreiviertel der 20 Lüneburger, die ihre Meinung aufgeschrieben haben, halten nichts von den Vorschlägen. Vier sprechen sich für den Entwurf der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) aus (dreieckige Säule), zwei für die Idee des Künstlers Karl Höfler (Betonwürfel). Die anderen ins Heft geschriebenen Kommentare reichen von „scheußlich“ bis „geschmacklos“. „Pervers“ findet ein Lüneburger den Vorschlag

von Mitgliedern des Kulturausschusses, den Eingang des ehemaligen NSDAP-Gauleiter-Bunkers an die Lindenstraße zu versetzen, zum Denkmal umzufunktionieren.

Die Ratsfraktionen haben sich im Verwaltungsausschuß für neue Vorschläge entschieden, die Ausschreibungs-Bedingungen soll der Kulturausschuß am 8. Februar festlegen. Nochmals haben die Lokalpolitiker den Termin für die Enthüllung des Mahnmals verschoben: Vom 8. Mai auf den 9. November 1989, auf den 51. Jahrestag der Reichspogromnacht.

Landeszeitung 26.01.1989

### Bunkerportal

... scheint man im Rathaus über das Denken nur sehr vage hinaus zu kommen. Das Resultat läßt einem das Blut gefrieren. Es muß eine ziemlich deformierte Gedankenspirale aus Stacheldraht sein, welche den Horrortip gab, aus dem Telschow-Bunkerportal ein Denkmal zu machen.

Darf ich fragen, wen man da nicht vergessen will (oder kann)? Den Jäger oder die Gejagten und späteren Opfer? Oder beide zusammen? Bergen-Belsen ist nicht weit von hier! Reicht das Gespür der Ratsmitglieder nur noch für Stadtfestplanungen? Sind die Denker — wenn es um jüngere Geschichte geht — überfordert? Es sollen doch wohl die Hinterbliebenen der Ermordeten bei einem Besuch in dieser Stadt nicht den Eindruck haben, einen Alptraum zu erleben?

Wenn dieser Vorschlag mit dem Bunkerportal genehmigt wird, dann sollten rechts und links vom Denk-Mal Masten mit wehenden Hakenkreuzfahnen errichtet werden. Das wäre dann eine klare Linie, denn Gedenkplatten an den Säulen ist so unsagbar entwürdigend für die Opfer und für diese Stadt, in der vor fünfzig Jahren Gauleiter Telschow den Stechschritt probte.

Inge-Esther Bunkow,  
Auf dem Meere 14,  
Lüneburg

Mittwoch, 25. Januar 1989 · 44. Jahrg. · Nr. 21 · P

### Vier Entwürfe für Denkmal

hr Lüneburg. Die Lüneburger können von heute, 25. Januar, an die vier Entwürfe für die Gestaltung eines Denkmals für die Opfer des Nationalsozialismus besichtigen. Die Zeichnungen und Modelle werden in der Ratsdiele des Rathauses ausgestellt.

Ihre Meinung zu den Entwürfen sollten die Bürger schriftlich im städtischen Kulturamt abgeben, wünscht sich die Stadtverwaltung.

TOP 10 Beantwortung von Anfragen10.1 Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus

Beigeordneter MÄDGE erklärt, nach Auffassung der SPD-Fraktion sollte zur Auswahl eines Gedenksteins für die Opfer des Nationalsozialismus eine öffentliche Ausschreibung veranlaßt werden. Die Initiative, über eine interfraktionelle Arbeitsgruppe endlich den vom Rat beschlossenen Antrag der SPD-Fraktion auszuführen, sei sehr aner kennenswert, jedoch erscheine der vorgelegte Entwurf nicht unbedingt geeignet. Es sollte daher baldmöglichst zu einer Sitzung des Kulturausschusses eingeladen werden, um die Kriterien und Modalitäten für eine öffentliche Ausschreibung in der Lüneburger Region festzulegen. Spätestens zum Jahrestag der Reichskristallnacht am 09.11. dieses Jahres sollte das Projekt ausgeführt sein.

Oberbürgermeister SCHREIBER betont, daß der Verwaltungsausschuß die Initiative und Ansatzpunkte der Arbeitsgruppe anerkenne. Nach der öffentlichen Diskussion würde er es ebenfalls begrüßen, wenn das Projekt öffentlich ausgeschrieben wird. Als Basis für die Ausschreibung sollten der vom Kulturausschuß vorgeschlagene Standort für das Mahnmal sowie die Inschrift bindend vorgegeben und eine entsprechende Presseerklärung veröffentlicht werden.

Beigeordneter KEßLER stimmt diesem Vorschlag zu und meint, daß der Kulturausschuß einen Kostenrahmen bestimmen sollte.

Beigeordneter RIECKMANN erklärt, die Arbeitsgruppe hätte sich bemüht, über die Arbeitsgruppe die Diskussion in Anlehnung an die Praxis anderer Städte erneut zu beleben und das Projekt endlich zu realisieren. Die Fraktion DIE GRÜNEN favorisiere den vom VVN vorgelegten Entwurf. Allerdings sehe er wenig Chancen, diesen auf dem vorgesehenen Standort zu realisieren.

Beigeordneter MÄDGE regt an, über einen Spendenaufruf Mittel für das Projekt zu binden. Er betont, die SPD-Fraktion erwarte, daß der Kulturausschuß unverzüglich eingeladen werde.

Der Verwaltungsausschuß beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung (Beigeordneter Rieckmann), eine öffentliche Ausschreibung für ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus durchzuführen. Modalitäten der Ausschreibung sind kurzfristig vom Kulturausschuß festzulegen.

41

Tischvorlage

öffentlich  nichtöffentlich

Datum

07.02.1989

Zu beschließen  im Verwaltungsausschuß  im Rat

TOP	der	am	Bericht- erstatte(r)(n)	Unterschrift, Datum
2	10 . Sitzung des Kulturausschusses	08.02.89	5	
	. Sitzung des			
	. Sitzung des			
	. Sitzung des			
	. Sitzung des Verwaltungsausschusses			
	. Sitzung des Verwaltungsausschusses			
	. Sitzung des Rates			

Bezeichnung des TOP

Ausschreibung eines Künstlerwettbewerbes zur Gestaltung des Mahnmales für die Opfer des Nazi-Regimes

Sachdarstellung

Der Verwaltungsausschuß hat in seiner Sitzung am 31.01.89 beschlossen, daß für die Errichtung des Mahnmals für die Opfer des Nazi-Regimes ein Künstlerwettbewerb ausgeschrieben werden soll.

Die Modalitäten der Ausschreibung sollen kurzfristig vom Kulturausschuß festgelegt werden.

Die Grundsätze und Richtlinien des Bundesverbandes Bildender Künstler für Wettbewerbe auf dem Gebiet der bildenden Kunst sind der Ausschreibung zugrundezulegen (s. Anlage).

Wettbewerbsart

Als Wettbewerbsart kommt der offene Wettbewerb ausschließlich für die Angehörigen bestimmter Landesteile in Frage, wobei der Kreis der Teilnahmeberechtigten genau zu bestimmen ist. Weiter ist anzugeben, ob Studenten teilnahmeberechtigt sind.

Wettbewerbsaufgabe

Alle Forderungen, deren Erfüllung verlangt und auf die bei der Beurteilung Wert gelegt werden, sind klar herauszuheben.

Preisgericht

In der Ausschreibung sind sämtliche Juroren, deren Stellvertreter und die Vorprüfer namentlich unter Angabe ihres Wohnsitzes aufzuführen.

Die Preisrichter sollen mehrheitlich Sachverständige (bildende Künstler) sein, die in dem besonderen Fachgebiet des Wettbewerbs tätig und anerkannt sind.

...

Auszüge an:

Die Stadt hat die Auswahl der Preisrichter gemeinsam mit dem zuständigen Landes- oder Bezirksverband des BBK zu beraten und von diesem vorschlagen zu lassen.

#### Preise

Bei der Ausschreibung ist die Höhe der Preise festzusetzen (diese muß der verlangten Leistung angemessen sein).

#### Bekanntmachung

Die Bekanntmachung muß in Fachzeitschriften und Tageszeitungen erfolgen. Sie enthält:

1. Gegenstand und Art des Wettbewerbs
2. Kreis der Teilnahmeberechtigten
3. Namen der Preisrichter
4. Höhe der Preise
5. Abgabetermin
6. Bezugsbedingungen der Unterlagen.

Nach erfolgter Ausschreibung sind keine Änderungen mehr möglich.

#### Kosten

Außer den Preisen fallen Kosten für das Preisgericht an. Neben den üblichen Reise-, Übernachtungs- und Tagegeldern ist für die Tätigkeit als Preisrichter eine zusätzliche angemessene Vergütung zu zahlen.

#### Beschlußvorschlag der Verwaltung

Der Kulturausschuß empfiehlt dem Verwaltungsausschuß, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen:

"Die Stadt schreibt einen Wettbewerb

"Mahnmahl für die Opfer des Nazi-Regimes"

aus.

Es soll sich um einen offenen Wettbewerb handeln, bei dem freischaffende Bildhauer der Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Soltau und Harburg teilnahmeberechtigt sind. Studenten sind nicht zugelassen.

Ausgeschlossen sind weiter Personen, die das System der Gewaltherrschaft aktiv oder moralisch unterstützt haben.

Vorzugeben sind:

- a) der Standort: Rasenfläche vor dem Zollamt
- b) der Text:  
Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft  
1933 - 1945
- c) die Verwendung glattflächiger Materialien  
(nichtsaugendes Material)



<u>Als Preisrichter sind einzusetzen:</u>	Personen u. Stellvertreter	
Inhaber von Lehrstühlen	2	2
Freischaffende Künstler (Bildhauer) (1x BBK und 1x Kunstverein)	2	2
Oberstadtdirektor	1	1
Fraktionsvorsitzende	4	4
	<hr/>	<hr/>
	9	9

Als Preise sind auszusetzen:

- |           |    |
|-----------|----|
| 1. Preis: | DM |
| 2. Preis: | DM |
| 3. Preis: | DM |
| 4. Preis: | DM |
| 5. Preis: | DM |

Kulturausschuß am 08.02.1989

Der Vorsitzende, Ratsherr Hansen, stellt den bisherigen Beratungsgang zusammenfassend dar.

Nach diversen Beratungen wurden über einen Prüfungsauftrag an den Kulturausschuß die Beschlüsse über den Standort und die Textauswahl gefaßt. Da die Beratungen über drei vorliegende Entwürfe in der letzten Kulturausschußsitzung keinen entgeltigen Beschluß ergeben hatten, wurde die Diskussion in die Fraktionen gegeben.

Die sodann vom VA angeregten interfraktionellen Beratungen haben die öffentlichen Diskussionen wie beabsichtigt in Gang gebracht.

Unter Hinblick auf das Aufstellungsdatum 8. Mai 1989, wurde ein 4. Vorschlag seitens der Fraktionsvertreter gemacht, der die Beratungen forcieren sollte. In der Sitzung am 31.01.89 hat der Verwaltungsausschuß alle 4 Vorschläge für nicht akzeptabel erklärt. Der Verwaltungsausschuß hat nunmehr einen Beschluß gefaßt für die Errichtung des Mahnmals eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen.

Die folgende Diskussion im Kulturausschuß ergibt, daß sich damit der Verwaltungsausschuß die weitere Verfahrensweise vorbehalten hat und der Kulturausschuß die einzelnen Verfahrensschritte einer beschlossenen Ausschreibung zu diskutieren hat.

Stadtdirektor Schumann stellt die Einzelheiten der von der Verwaltung erarbeiteten und in einer Tischvorlage vorgelegten Form vor.

Er stellt fest, daß bei dieser Verfahrensweise Preise in Höhe von mindestens 5.000,-- DM anfallen müssen. Ferner haben die Juroren ein Anrecht auf ein angemessenes Honorar zuzüglich Spesen.

Bei einer Ausschreibung sind mehrere Fristen zu wahren. Ein Aufstellen des Mahnmales zum 8. Mai 1989 ist daher auszuschließen. Weitere Fristen wären nach erfolgter Ausschreibung die Wartezeit von einem Monat für Rückfragen. Für die Herstellung der Entwürfe sind 8 Wochen einzuräumen, so daß gegen Ende Juni das Preisgericht anberaumt werden könnte. Durch die einsetzenden Ferien und die Schwierigkeiten bei der Finanzierung wäre der 9. November 1989 auch kein realistisches Datum für das tatsächliche Erstellen des Mahnmales. Danach steigen die Ausschußmitglieder in die Diskussion über den von der Verwaltung erarbeiteten Ausschreibungsvorschlag ein. Grundsätzlich bemängelt dabei Ratsfrau Brück, daß nach den eingehenden Diskussionen dem Kulturausschuß die Entscheidungsfreiräume eingeschränkt worden sind.

Beigeordneter Rieckmann bezweifelt, daß eine Ausschreibung etwas grundsätzlich Neues bringen kann. Die 4 diskutierten Vorschläge seien in sich unterschiedlich genug, so daß nach der erfolgten Ausschreibung die Problematik der Auswahl lediglich verschoben sein könnte.

Sämtliche Mitglieder des Kulturausschusses sind sich darüber einig, daß ein Ausschluß von Studenten nicht stattfinden soll. An den Hochschulen gebe es in den verschiedensten Seminaren genügend fachinteressierte Studenten. Die auszugestaltenden Modelle müssen nicht aus teuren Materialien gestaltet sein.

Unter der Prämisse der Verwaltungsausschuß-Entscheidung hat sich der Kulturausschuß der gestellten Aufgabe angenommen und folgenden Konsens erstellt, der eine Änderung des Beschlusses der Verwaltung ist:

"Die Stadt schreibt einen Wettbewerb

"Mahnmal für die Opfer des Nazi-Regimes"

aus.

Es soll sich um einen offenen Wettbewerb handeln, der landesweit auszuschreiben ist.

Teilnahmeberechtigt sind freischaffende Künstler einschließlich Studenten, die in der Lage sind, ihren Entwurf zu verwirklichen.

Ausgeschlossen sind Personen, die das System der Gewaltherrschaft aktiv oder moralisch unterstützt haben.

Vorzugeben sind:

a) der Standort: Rasenfläche vor dem Zollamt

b) der Text: "Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

1933 - 1945"

c) die Verwendung nicht saugender Oberflächenmaterialien

- d) zu den Kosten ist der Verwaltungsausschuß in die Pflicht zu nehmen, einen finanziellen Rahmen zu stecken, wobei der bisher veranschlagte Betrag mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dazu dienen kann, ein Mahnmal von qualitativvoller Gestaltung zu verwirklichen.

Als Fach- und Sachpreisrichter sind einzusetzen:

2 Inhaber von niedersächsischen Lehrstühlen, darunter nach Möglichkeit 1 Lüneburger; je ein Vertreter der BBK-Sektion Lüneburg und des Kunstvereins Lüneburg, Oberstadtdirektor, Fraktionsvorsitzende (s. Vorlage).

Als Preise sind auszusetzen:

1. Preis	2.500,-- DM
2. Preis	1.500,-- DM
3. Preis	1.000,-- DM

Für Ankäufe werden zusätzlich 1.000,-- DM ausgesetzt.

## LANDESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 11./12. Februar 1989 · Nr. 36

# Der lange Weg zum Mahnmal

nc Lüneburg. Die langwierige Suche nach einem würdigen Lüneburger Denkmal für Opfer der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geht weiter — und wird auf ganz Niedersachsen ausgedehnt. Für die besten Vorschläge stehen 5 000 Mark als Prämien bereit.

So will es der Kulturausschuß, nachdem der Verwaltungsausschuß (VA) sich für einen Künstlerwettbewerb entschieden und damit die bisherigen vier umstrittenen Modelle aus dem Rennen genommen hatte. Etwas „verschnupft“ erschien Insidern der Kulturausschuß, weil die Bemühungen seiner interfraktionellen Arbeitsgruppe so einfach vom Tisch gefegt wurden. Doch den Blick nach vorne gerichtet, heißt es nun: landesweite Ausschreibung. Beteiligten dürfen sich freischaffende Künstler, aber auch Studenten, soweit sie in der Lage sind, ihren Entwurf zu verwirkli-

chen. Ausgeschlossen vom Wettbewerb sind Leute, die das System der Gewaltherrschaft aktiv oder moralisch unterstützt haben, heißt es im Beschluß des Ausschusses. Der Standort soll die Rasenfläche vor dem Zollamt sein, die Inschrift „Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-

1945“ lauten. Ferner befanden die Politiker: Der Verwaltungsausschuß sei in die Pflicht zu nehmen, müsse einen „finanziellen Rahmen“ setzen. Der bisher veranschlagte Betrag (13 500 Mark) könne mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht dazu dienen, ein „Mahnmal von qualitativvoller Gestaltung zu verwirklichen“. — Inhaber von Lehrstühlen in Niedersachsen (möglichst Lüneburger), je ein Vertreter vom Bund Bildender Künstler und Kunstverein Lüneburg, der Oberstadtdirektor und die vier Fraktionsvorsitzenden sollen dem neunköpfigen Preisgericht angehören. Dazu heißt es in der Vorgabe des VA, daß neben den üblichen Spesen „für die Tätigkeit als Preisrichter eine zusätzliche angemessene Vergütung zu zahlen“ sei. Politiker und Verwaltung scheuen offenbar weder Mühen noch Kosten, damit nach fast drei Jahren das Mahnmal nun endlich bald Wirklichkeit wird.

VVN-BdA KV-Lüneburg

M. Braucks  
Dennigsenstr. 8  
Lüneburg

3. April 1989

An den

Oberstadtdirektor Faulhaber

Rathaus  
Lüneburg

- Mahnmahl zum Gedenken an die Verfolgten des Nazi-Regimes

Sehr geehrter Herr Faulhaber!

Als VVN-BdA möchten wir gern mit Ihnen den Fortgang des Prozesses zur Findung eines angemessenen Mahnmahls und des Standortes erörtern.

Zu unserem großen Erstaunen haben wir aus der Landeszeitung vom 11.2.1989 ersehen, daß der Verwaltungsausschuß sich gegen die bisher eingereichten Vorschläge und für eine Ausschreibung eines Wettbewerbes entschieden hat. Merkwürdig an diesem Vorgang erscheint uns nicht die Ausschreibung des Wettbewerbes, sondern die Tatsache, daß wir über die Zeitung die Ablehnung unseres/aller Vorschläge erfahren und von Ihrer Seite bis heute keine Begründung für die Ablehnung erhalten haben. Wir bitten Sie dies nachzuholen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang auch Informationen über den Diskussionsverlauf der zur Ablehnung der eingereichten Vorschläge geführt hat. Im Weiteren bitten wir die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Ausschreibung offenzulegen, da wir an einer weiteren Beteiligung am Wettbewerb interessiert sind.

Zu dem in der Landeszeitung bekanntgegebenen Beschluß im Detail: Als ausgesprochen erfreulich haben wir die Information aufgenommen, die die Erhöhung der Mittel von ehemals 3000 DM auf 13500 DM beinhaltet.

Ein Kritikpunkt muß aber weiterhin die starre Festlegung des Standortes sowie der Inschrift des Mahnmahls sein.

Der vorgegebene Text ist formal und kühl, er läßt sehr weitgehende Interpretationen zu und ist deshalb ungeeignet. Er intendiert eine Reduzierung der Opfer des Faschismus auf die Juden. In enger Verbindung dazu ist der Enthüllungstermin am 9. November 1989 zu sehen. Ein geeigneter Termin ist der 8. Mai 1990.

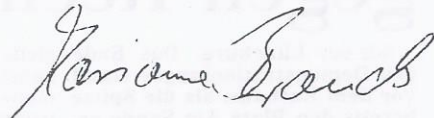
Der von uns im Zusammenhang mit dem Modell vorgeschlagene Brecht-Text dokumentiert wesentlich die menschlichen Leiden während des Faschismus. Durch die Eindeutigkeit wird er den Opfern gerecht und ist als Gedenktext, besonders für nachfolgende Generationen, besser geeignet.

Die VVN-BdA hält auch weiterhin die Rathausnähe als einzigen adäquaten Standort für ein derartiges Mahnmahl.

Zur Besetzung der Jury:

wir halten es für dringend geboten, bei der vorgesehenen inhaltlichen Aussage dieses Mahnmahls, auch bereits bei der Auswahl eines geeigneten Objekts einen Vertreter der Verfolgten-Organisation zu beteiligen. Wir stehen dem Ausschuß somit zu konstruktiver Zusammenarbeit zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß



LANDESZEITUNG



Mit Transparenten und Sprechchören marschierte der Protestzug durch die Lüneburger Innenstadt. Foto: be

## Mehr als 3000 demonstrierten gegen Rechtsradikalismus

Ende des Demonstrationszuges stand vor dem Rathaus, als die Spitze bereits den Platz Am Sande erreichte. Auf dem größten Protestmarsch seit Jahren in Lüneburg forderten mehr als 3000 Menschen das Verbot aller rechtsextremen Organisationen. „Wider den braunen Sumpf!“ „Nie wieder Faschismus!“ Das stand auf Transparenten.

„Wehret den Anfängen“, war das Motto der Demonstration, zu der der Lüneburger Antifaschistische Arbeitskreis, die SPD, die Grünen, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und weitere Organisationen aufgerufen hatten. Erst vor zwei Wochen hatte ein rechtsradikales Rollkommando eine Veranstaltung von Antifaschisten in der Lüneburger Uni überfallen (die LZ berichtete).

Eine Hundertschaft Polizei be-

gleitete den Marsch durch die Innenstadt. Im Vorfeld aufgekommene Befürchtungen, Schlägertrupps der Neonazis könnten die Demonstration überfallen, bestätigten sich nicht. „Alles verlief friedlich“, resümierte die Polizei. Lediglich vor dem NPD-Büro an der Straße Auf der Altstadt kam es zu einer kritischen Situation: Als die Demonstranten in den Fenstern des Hauses Kameraobjektive sichteteten, blieb ein Teil des Zuges stehen. Die Nazi-Gegner verlangten von der Polizei, die den Eingang des Gebäudes abriegelte, das Filmen und Fotografieren zu unterbinden. Einsatzleiter Günter Freienberg beschwichtigte die aufgebrachte Menge.

Bei der Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz wiesen SPD-Ortsvereinsvorsitzender Harald Firus und Thomas Rochlitz vom Antifaschistischen Arbeitskreis

auf ein gefährliches Maß an rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundesrepublik hin. Das hätten die Wahlerfolge der Republikaner und der NPD in Berlin und Hessen klar gemacht. Firus: „Die gesellschaftlichen Folgen von anhaltender Massenarbeitslosigkeit, von neuer Armut, Hoffnungslosigkeit, Ausgrenzung, machen es den Rechten leicht, Ausländer, Flüchtlinge, auch Aussiedler zu Sündenböcken abzustempeln.“ Firus verurteilte Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und appellierte, den rechtsradikalen Parteien mit dem Wahlzettel eine Abfuhr zu erteilen.

Gegen Ende der Kundgebung zog ein Trupp von etwa 50 schwarz gekleideten Demonstranten zurück zum NPD-Büro, blockierte die Straße. Polizeibeamte lösten die Sitzblockade auf.



Bei der Kreisorganisation Lüneburg der VVN - Bund der Antifaschisten sind bislang folgende Broschüren erschienen:

- " Kein NPD - Parteitag in Lüneburg ! " ..... 2.- DM
- " Weg mit dem faschistischen Dreck vom Flohmarkt ! " ..... 2.- DM
- " Wer sind die Braunen vom Schützenhaus ? " ..... 3.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1986 " ..... 3.- DM
- " Lüneburger Straßen.... nach Wegbereitern des Faschismus benannt ". 2.- DM
- " Was will das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg ? " ..... 3.- DM
- " Dokumentation zum Ostpreußischen Landesmuseum " ..... 3.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1987 " ..... 4.- DM
- " Neofaschismus in Lüneburg 1988 " ..... 4.- DM
- " Der Streit um das antifaschistische Mahnmal in Lüneburg " ..... 4.- DM

Bestellungen sind zu richten an VVN - BdA, Postfach 1711, 2120 Lüneburg